7. Jahrgang, Nummer 253

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 4. November 1925

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,60 Mk. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen: „Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe" „Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 8887. Filialexpeditionen: Liegnitz, Dänemarkstraße 40. — Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 8887. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12–1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6–7 Uhr.

Die Große Koalition auf dem Marsch!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 4. November.

Von der Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien wird mitgeteilt, daß die beteiligten Vertreter beschlossen hätten, die weitere Entwicklung der Situation abzuwarten. Der „Berliner Börsenkurier" (demokratisch) weiß noch zu melden, „die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich sei, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden kann." Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die Regierungsparteien versuchen, den Reichstag auszuschalten.

Die Deutschnationalen wenden sich durch den „Berliner Lokalanzeiger" gegen die Rede Stresemanns, der sich mit seiner Auffassung, der Locarno-Pakt müsse unbedingt angenommen werden, in Widerspruch zu Luther gesetzt habe, da die Regierung den Pakt nicht unbedingt angenommen habe, sondern die Rückwirkungen abwarten wolle. Dem steht gegenüber eine Aeußerung des „Temps", der schreibt: „daß die Alliierten in Locarno keinerlei feste Verpflichtungen hinsichtlich der Rückwirkungen übernommen haben, da auch in Locarno in bezug auf die Maßnahmen zur Aenderung der Besatzungsbestimmungen weder schriftliche Verpflichtungen noch mündliche Verpflichtungen gegeben sind, sondern lediglich die formelle Zusicherung, daß mit Rücksicht auf die völlig neue Situation, die durch die Verträge geschaffen wird, die Alliierten in weitherziger Weise die Maßnahmen prüfen werden, die durchgeführt werden könnten."

Der „Vorwärts" stellt fest, daß die Besprechung ergebnislos verlaufen ist und weist darauf hin, daß der Eindruck eines neuen Umfalls der Deutschnationalen sich von Tag zu Tag verstärkt. Zur Frage der Reichstagsauflösung bringt er folgenden unverschämten Absatz:

„Ueber den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung konnte die Konferenz natürlich nur eine Meinung äußern, sie könne ihn nicht von sich aus bestimmen. Der Reichstag muß einberufen werden, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt."

Kein Wort davon, daß dieses Drittel gegeben ist, sobald die SPD. ja sagt. Besonders interessante Stellungnahme der „Vossischen Zeitung", die aufdeckt, was hinter den Kulissen geheim gehalten wird. Nachdem sie sich für große Koalition ausgesprochen hat, und an das Zentrum appellierte, für deren Zustandekommen zu sorgen, weist sie auf Bestrebungen der Deutschen Volkspartei hin, in Preußen in die Regierung zu kommen und läßt ziemlich deutlich erkennen, daß als Lohn für die Herstellung der großen Koalition im Reich, die Macht in Preußen an die Deutsche Volkspartei ausgeliefert werden soll. Die Verhandlungen mit der SPD. müßten jedoch vor dem 6. November einsetzen, da an diesem Tage die Reichstagsauflösung entschieden wird. Die „Rote Fahne" enthüllt dieses Spiel: Die SPD. erleichtert durch ihre Verschleppungstaktik den Rest- und Mittelparteien wesentlich ihr verbrecherisches Spiel. Hätte sie der von der KPD. vor einer Woche geforderte Reichstagseinberufung zugestimmt, dann wäre heute bereits eine klare Lage.

*

So stehen die Dinge da oben im parlamentarischen Spiel. Was unten die großen Volksmassen zu einer Wiederauferstehung der Großen Koalition, dazu obendrein noch auf der Basis dieser Republik! — sagen werden, ist eine ganz andere Sache. Man muß den Kerlen, die da allesamt auf dem Nacken der Massen um die Ministersessel tanzen möchten, den Boden unter den Füßen heiß und immer heißer machen. Darum: Weg mit der Luther-Regierung, weg mit der Locarno-Regierung — Auflösung des Reichstages. Das ist die Losung für sofort.

Und darüber hinaus haben wir Kommunisten auf die Fahne, unter der wir fechten, die klare Losung geschrieben: Für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland, das sich mit der Sowjetmacht verbündet!

Amerika und Locarno

(Eig. Drahtb.) Berlin, 4. November.

Der amerikanische Korrespondent der „Germania" berichtet über die Stellung Amerikas zum Locarno-Pakt und schreibt: „Tatsache ist, daß die amerikanische Regierung schon seit Monaten hinter den Kulissen durch ihre Botschafter in London, Paris und Berlin im Sinne des Paktes gearbeitet hat. Daß die amerikanische Regierung nicht in die Oeffentlichkeit trat und an den Paktverhandlungen direkt beteiligt war, beeinträchtigt die Bedeutung der von ihr hierbei gespielten Rolle nicht im geringsten. Als Staatsmann und Wirtschaftler hat der Präsident Coolidge noch einen Grund, den vollkommenen Frieden in Europa sehen zu wollen. Denn Amerika sucht Absatzgebiete für seine Ware und sein überflüssiges Geld. Handel- und Kreditgeschäfte mit Europa können nur dann blühen, wenn Ruhe und Stabilität in Europa herrschen."

Eine russische rote Fahne für das schlesische Proletariat!

Breslau, 4. November.

Vom Sekretariat des Bezirks Schlesien der KPD. wird uns mitgeteilt:

„Auf der am kommenden Sonntag, den 8. 11. in Breslau stattfindenden Revolutionsfeier wird die Ueberreichung einer von den Moskauer Metallarbeitern der schlesischen Arbeiterschaft gestifteten Roten Fahne erfolgen. Die Ueberreichung der Roten Fahne soll das Symbol einer künftigen engeren Verbindung zwischen der russischen und der schlesischen Arbeiterschaft sein. Sie soll den Bann brechen, den die Bourgeoisie durch die nationale Verhetzung zwischen den Arbeitern beider Länder aufzurichten versucht.

Besondere Bedeutung kommt der Ueberreichung zu in dieser Situation, in der das deutsche Bürgertum durch den Locarnopakt den endgültigen Schritt an die Seite der rußlandfeindlichen Westmächte gemacht hat. Die russische Rote Fahne soll das Symbol der trotz Locarno, trotz aller Kriegsdrohungen, unerschütterlichen Solidarität der russischen Arbeiter mit ihren deutschen Brüdern sein.

Die Fahne selbst ist eine hochkünstlerische Arbeit, ein mehrere Meter langes rotes Tuch, farbenprächtig bestickt, mit einer russischen Widmungszeile versehen."

Der Staatsgerichtshof in Verlegenheit

(Eig. Drahtb.) Berlin, 4. November.

Der Prozeß gegen die Zentrale der KPD., der jetzt vor dem Staatsgerichtshof stattfinden sollte, ist bis auf Dezember verschoben worden.

Seit Jahr und Tag arbeitet der Staatsgerichtshof fieberhaft daran, um der Zentrale der KPD. den Prozeß zu machen. Herr Vogt und zahlreiche andere Staatsanwälte reisen in allen Teilen des Reiches umher, um Material zusammenzutragen. Weder die Immunität der Abgeordneten, noch die elementarsten Bestimmungen des Strafrechtes werden von ihnen respektiert, wenn es gilt, Haussuchungen bei Kommunisten abzuhalten. Die gewaltsame Oeffnung der Abgeordnetenschränke im Fraktionszimmer der KPD. ist noch in aller Erinnerung. In den letzten Wochen ging Herr Vogt dazu über, Polizeirazzien auf kommunistische Druckereien abhalten zu lassen (siehe Breslau, Hannover). Auch diese Mühe war umsonst. Trotz allen Suchens erweist sich das „Material" gegen die Zentrale als nicht ausreichend. Das ehrenwerte Spitzelheer, das auf Kosten der arbeitenden Steuerzahler arbeitet, muß noch intensiver arbeiten, damit die Mühlen des Staatsgerichtshofes arbeiten können. Inzwischen aber werden in allen Teilen des Reiches kommunistische Funktionäre wegen „Verdunkelungsgefahr" festgenommen oder verhaftet, um Geständnisse von ihnen zu erpressen. Herr Kluske von der Breslauer politischen Polizei z. B. reist seit Wochen in der Provinz herum, um Material von 1923 zu ergattern. Diese Methoden beleuchten wieder einmal schlaglichtartig die Praxis des Staatsgerichtshofes, für dessen Aufrechterhaltung die SPD in Gemeinschaft mit allen anderen bürgerlichen Parteien eintritt.

Vom Tage

Stresemann hielt im Rundfunk eine Rede über Locarno, in der er die alten, längst widerlegten Behauptungen über angebliche „Versprechen" Briands und Chamberlains auftischte.

Für das Bankgewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt, der vom 1. November ab eine Gehaltssteigerung von 5 Prozent, auf die Gehaltsbezüge bis zum 1. Februar 1926 vorsieht. Beide Seiten lehnten den Schiedsspruch ab.

Gestern fand die Beerdigung des Genossen Frunse statt. Die Freunde Frunses, Kalinin, Kamenew, Sinowjew, Bucharin und Rykow trugen den Sarg. Hundert Kanonenschüsse ertönten bei der Grablegung.

Nach den Ergebnissen der englischen Gemeinderatswahlen in den 80 größten Provinzstädten, hat die Arbeiterpartei gegenüber den Konservativen und Liberalen einen Gewinn von 47 Sitzen zu verzeichnen. In London gewann sie bisher 33 Sitze.

Das Ergebnis der Parteikonferenz

Die 1. Parteikonferenz der KPD., die am 31. Oktober und 1. November in Berlin tagte, hat eine große Bedeutung für die Zukunft der Partei. Es war unsere erste Parteikonferenz. Die frühere Institution der Zentralausschüsse hatte beträchtliche Mängel, teils parlamentarischer, teils bürokratischer Art. Die Parteikonferenz ist die wirkliche Wahlkörperschaft der Partei, sie spiegelt den tatsächlichen Willen der Mitgliedschaft wider. Die 1. Parteikonferenz ist für die Entwicklung der KPD. zweifellos wichtiger als der 10. (Berliner) Parteitag. Sie bedeutet auch einen ernsthaften Fortschritt im Vergleich zum 9. (Frankfurter) Parteitag.

Die Konferenz stand unter dem Zeichen eines schmerzlichen Ereignisses für die Kommunisten der ganzen Welt: des Todes des Genossen Frunse. Man fühlte bei der Trauerkundgebung der gesamten Konferenz, wie fest, wie unlöslich unsere Partei mit der Sowjetunion und mit dem russischen Bolschewismus verbunden ist. Allen Angriffen unserer Feinde, allen antimoskowitischen Strömungen in den eigenen Reihen zum Trotz!

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Entscheidung und zugleich der Abschluß des innerparteilichen Kampfes. Das Ergebnis der zweitägigen Auseinandersetzungen war die unbestreitbare und vollständige Niederlage der ultralinken Opposition. Die Resolution zur Lage in der Partei, die scharf, ohne jede Verwischung, die Linie der Komintern und des ZK. festlegt, wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 227 gegen 30 Stimmen angenommen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesamte Berliner Delegation, mit Ausnahme von drei Stimmen, diese Resolution annahm. Die Berliner Organisation ist im Begriff, sich aus dem letzten Bollwerk der Gruppe Maslow-Ruth Fischer in den festen Stützpunkt der Komintern zu verwandeln. Die doppelte Buchführung ist vernichtet. Die Niederlage der Gruppe Maslow-Ruth Fischer auf dieser Parteikonferenz läßt sich nur mit dem völligen Zusammenbruch der Brandler-Gruppe auf dem Frankfurter Parteitag vergleichen.

Der wirkliche, scharfe Kampf spielt sich zwischen den Anhängern der Komintern und der ultralinken Gruppe ab. Es wurde hart gerungen. Die Vorstöße der Gruppe Scholem waren nicht der Ausdruck einer vorwärtsstürmenden Opposition, die der Partei neue Wege weisen will. Es war der ebenso kleinliche wie verzweifelte Widerstand gegen den unentrinnbaren eigenen Bankrott. Die Parteikonferenz verurteilte mit mehr als neun Zehntel Mehrheit die ultralinken Auffassungen als unkommunistisch.

Unabhängig von der politischen Auseinandersetzung mußte die Konferenz Maßnahmen gegen die fraktionellen Treibereien des Genossen Scholem treffen. Einige oppositionelle Genossen verwechseln den neuen Kurs der Parteidemokratie mit dem Recht auf Disziplinbruch, Fraktionsmacherei, Minierarbeit gegen die Partei und die Komintern. Diesen Verstößen gegenüber mußte die Konferenz klar feststellen, daß die Parteidemokratie für die Mitglieder in den Betriebszellen und Organisationen, nicht aber für Einzelpersonen ist, daß die Diskussionsarbeit an die Grenzen der kommunistischen Disziplin gebunden ist. Genosse Scholem wurde auf Grund seiner parteischädigenden fraktionellen Handlungen aus dem ZK. ausgeschlossen.

Nach dem Abschluß der innerparteilichen Diskussion widmete die Konferenz ihre ganze Kraft der Herausarbeitung unserer nächsten praktischen Aufgaben. In dieser Frage zeigte sich abermals der tiefgehende Gegensatz zwischen der Parteimehrheit und der ultralinken Richtung. Die Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der Partei wurde mit 227 gegen 30 Stimmen, also fast mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie die Resolution zur Parteilage, angenommen.

Die Resolution geht von den neuen Erscheinungen der gegenwärtigen Situation in Deutschland aus: endgültiger Uebergang der Bourgeoisie zur Westorientierung, fortgesetztes Wachstum der Wirtschaftskrise, Zunahme der Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, Erschütterung der bürgerlichen Regierungen im Reiche und in den wichtigsten Ländern, steigender Widerstand der werktätigen Massen gegen die unerträglichen Lasten des Dawesplanes, Entstehung neuartiger, linker, sowjetfeindlicher Strömungen innerhalb des Proletariats. Aus diesen grundlegenden Tatsachen der politischen Lage ergeben sich die praktischen Aufgaben der Partei. Der Leitgedanke unserer gesamten Arbeit ist die Schaffung der stärksten, engsten Verbindungen zwischen der kommunistischen Partei und den breiten proletarischen Massen, insbesondere der organisierten Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften. Wir müssen nicht nur eine Massenpartei werden, sondern eine Massenbewegung führen. Das ist der Kern aller politischen Forderungen: Sturz der Luther-Regierung, schärfster Kampf bis zur Einsetzung der Existenz unserer Partei gegen den Kriegspakt von Locarno und die Anwendung des Durchmarschparagraphen, bewußte Ausnutzung der Schwierigkeiten der Bourgeoisie im Reich, in Preußen, in Sachsen und in Berlin, Einsatz des Schwergewichts [illegible]

serer parlamentarischen Positionen zur Mobilisierung der Arbeitermassen, zur Verschärfung des Klassenkampfes.

Die drei Hauptlosungen der Partei für die gesamte, vor uns stehende Kampfperiode lauten:

1. Schaffung eines starken Linksblocks in der deutschen Arbeiterbewegung.

2. Arbeiter- und Bauernregierung!

3. Ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im freien Bündnis mit der Sowjetunion.

Zwei weitere Fragen, die von großer Wichtigkeit für die Entwicklung der Partei sind, wurden durch besondere Referate beleuchtet:

Die Gewerkschaftsarbeit, dieser Schlüssel zur Eroberung der Macht, muß in allen Einzelheiten verstanden, großzügig organisiert, planmäßig von den obersten Organen bis zum letzten Parteimitglied und der entlegensten Betriebszelle durchgeführt werden.

Wir müssen unserem Kommunistischem Jugendverband, überhaupt der Arbeit unter der proletarischen Jugend, zehnmal mehr Aufmerksamkeit widmen, als dies bisher der Fall war. Die Beziehungen zwischen der Partei und dem Jugendverband müssen im Reich und in allen Bezirken stark ausgebaut werden. Nur dann wird es uns gelingen, die heranwachsende Generation der deutschen Arbeiterklasse, die von einem neuen Geist getragen ist, den sozialdemokratischen Einflüssen zu entreißen, sie zu einer mächtigen Reserve für die Partei und für die Revolution zu erziehen.

Die Beschlüsse der Konferenz ziehen eine klare Perspektive für die politische Entwicklung Deutschlands. Noch befinden wir uns in der Periode zwischen zwei Revolutionen. Es gilt, die Massen zum Kampf vorzubereiten, in den Teilkämpfen den Willen zur Macht zu wecken, die Partei zu erziehen, festgefügte bolschewistische Arbeiterkaders zusammenzuschließen. Langsam, schrittweise, aber mit eiserner Notwendigkeit reift in Deutschland eine neue, eine zweite Revolution heran, auf deren Tagesordnung die Diktatur des Proletariats steht. Allen Stimmen der Niederlage und der Versumpfung gegenüber ist es von größtem Wert, daß die Konferenz der gesamten Partei unzweideutig diese Perspektive der zweiten Revolution gezeigt hat.

Auf der Konferenz fehlte die künstliche, unhaltbare „Einstimmigkeit" des letzten Berliner Parteitages. Dafür schuf sie die Grundlagen für die wirkliche, praktische Einheit der Partei.

Jetzt beginnt die hartnäckige, alltägliche, disziplinierte Arbeit für die Verwirklichung des neuen Kurses zur Eroberung der Massen. Die Diskussion ist abgeschlossen. Die Parteikonferenz hat durch ihre Beschlüsse das entscheidende Wort gesprochen. Die Partei muß auf der neuen Linie einheitlich und kraftvoll handeln.

Wer ist der Verbündete der Deutschnationalen

Einige interessante Feststellungen

Wenn die sozialdemokratische Führerschaft wieder einmal besonders im Gedränge ist, dann holt sie den alten lahmen Gaul vom „Bündnis der Kommunisten mit den Deutschnationalen" aus dem Stall. In einem Leitartikel über die außenpolitische Situation behauptet die SPD.-Presse in den letzten Tagen:

„Die Kommunistische Partei marschiert mit Völkischen und Wirtschaftsparteilern hinter den Deutschnationalen her. Wir wollen keineswegs sagen, daß ihr diese Rolle angenehm ist, obwohl sie an sie schon lange gewöhnt ist. Aber wer nüchtern die Dinge betrachtet, wie sie sind, der kann doch nicht verkennen, daß es die Deutschnationalen sind, die außenpolitisch führen und die Kommunisten, die geführt werden."

Die SPD.-Führerschaft glaubt, daß gewisse Lügen sich durchsetzen, wenn man sie nur recht oft mit der nötigen Frechheit und Bestimmtheit ausspricht. Wie steht es mit dem außenpolitischen Bündnis der Kommunisten und Deutschnationalen? Wir wollen an einige Tatsachen erinnern.

1. Die grundlegende außenpolitische Entscheidung Deutschlands war die Annahme des Dawesplans im August 1924. Wie war damals die Situation im Reichstag? Die Kommunisten waren gegen den Dawesplan, die Sozialdemokraten dafür und der entscheidende Teil der Deutschnationalen war ebenfalls dafür. Das Hauptstück der Dawesgesetze, das Eisenbahngesetz, wurde von einer Mehrheit angenommen, die von Tirpitz bis Hermann Müller reichte. Tirpitz und Fürst Bismarck, Hugenberg von der Firma Krupp, Dr. Reichert von der Rohstahl-Gemeinschaft, sie alle stimmten Arm in Arm mit der SPD. für den Dawesplan und gegen die Kommunisten. Daß damals ein Teil der Deutschnationalen unter Führung von Hergt und Westarp die Dawesgesetze ablehnte, ist von jedem politisch denkenden Menschen in Deutschland als reine Komödie bewertet worden. Die politische Verantwortung für die Annahme des Dawesplans trägt die gesamte Deutschnationale Volkspartei. Zum Dank für das deutschnationale Ja hat man die Deutschnationalen in die Regierung aufgenommen. Hat der sozialdemokratische Leitartikler das alles vergessen?

2. Die von den Deutschnationalen beherrschte Luther-Regierung machte der Entente den Vorschlag eines Sicherheitsabkommens. Wer stand damals hinter der Luther-Regierung? Die Deutschnationalen und die SPD. Arm in Arm. Wer war dagegen? Die KPD.

3. Die Luther-Regierung sandte den Geheimrat Gaus nach London, um auf der Juristenkonferenz den Sicherheitspakt vorzubereiten. Wer war gegen die Entsendung von Gaus? Die KPD. Wer war dafür? Die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur SPD.

4. Gaus kam zurück, erstattete Bericht; die Reichsregierung erhielt die Einladung nach Locarno. Wer hat den Bericht von Gaus nebst der Einladung abgelehnt? Die KPD. Wer war mit den Resultaten von Gaus einverstanden und wer empfahl die Locarno-Reise von Luther und Stresemann? Die Deutschnationalen gemeinsam mit den Sozialdemokraten.

5. Wer hat im Auswärtigen Ausschuß noch nach Luthers Rückkehr aus Locarno sich auf den Boden der Regierungspolitik gestellt? Graf Westarp von den Deutschnationalen Arm in Arm mit Breitscheid von der SPD. Wer war gegen diese Politik? Die Kommunisten.

Wir stellen fest, 1½ Jahre entscheidender deutscher Außenpolitik sind von den Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen gemacht worden, während die Kommunisten in Opposition standen. Erst in allerletzter Zeit ist die kleine Eheirrung durch das Schwanken der Deutschnationalen eingetreten. Aber diese Krise dürfte nicht allzu lange dauern. Was die SPD.-Presse über unsere außenpolitische Haltung schreibt, ist also reine Phantasie.

Für Kanonen ist Geld da

Ueber die Sanierung des Rheinmetall-Konzerns werden nunmehr nähere Einzelheiten bekannt, die die ganze Angelegenheit als einen der gewohnten Finanzskandale der Luther-Regierung enthüllen. Nach der Sanierung verbleibt der Gesellschaft zunächst ein Kapital von 6 Millionen, von dem Krupp 3 Millionen in seinem Besitz hat. Um weitere Betriebsmittel zu verschaffen, sollen — vermutlich durch ein Bankkonsortium — noch weitere 6 Millionen Mark durch Ausgabe neuer Aktien aufgebracht werden. Es erschien von vornherein unverständlich, daß in so kurzer Zeit die Banken sich bereit finden, einem in Schwierigkeiten geratenen Konzern wieder auf die Beine zu helfen, während sonst immer ihr Bestreben zutage trat, solche Objekte für sich auszuschlachten. Aber das Rätsel wird gelöst durch eine Nachricht in der Handelspresse, die folgendermaßen lautet:

„Es ist eine Beteiligung des Staates an Rheinmetall, zunächst in Form von Zuschüssen mit Rücksicht auf die im Rahmen des Friedensvertrages zugeteilte Geschütz- und Waffenfabrikation vorgesehen."

Um Geschütze und Maschinengewehre gegen den „inneren Feind", die Arbeiterschaft, herzustellen, springt also hier das Reich mit Geschenken aus Lohnsteuern ein, die von ebenderselben Arbeiterschaft aufgebracht sind, gegen die sich die Geschütze richten sollen. Kein Wunder, wenn die Banken gern bereit sind, hier zu helfen, denn sie hoffen, von den Geschenken an Rheinmetall einen tüchtigen Brocken zu schlucken.

Der arme Anilin-Trust braucht Schonung

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten kennen die Methoden der Finanzämter. Woche für Woche, Monat für Monat, werden ihnen exakt, wie im Exerzierreglement, die Steuern vom Gehalt abgezogen. Einwände und Gnade gibt es da nicht. Aber es gibt ärmere Leute als Arbeiter und Angestellte. Zum Beispiel den deutschen Anilin-Trust, die stärkste Kapitalmacht der deutschen Republik. Diesem hat soeben das Reichsfinanzministerium die bei der Vereinigung fällige Fusionssteuer auf zwei Jahre gestundet. Von einer Stundung der Lohnsteuer hat noch niemand etwas gehört und kann natürlich solange niemand etwas hören, solange den Ausbeutern die Regierungsgewalt gelassen wird.

Die Komintern zum Tode Frunses

(Eig. Drahtb.) Moskau, 3. November

Das Exekutivkomitee der Komintern erließ folgenden Aufruf:

„Mit dem Hinscheiden Frunses verlor das EKKI eines der hervorragendsten Mitglieder. Die fortschrittlichen Arbeiter der ganzen Welt kennen den Namen Frunse, als den Namen eines internationalen proletarischen Revolutionärs, der immer bereit war, sein Leben der internationalen Arbeiterschaft zu opfern. Held und Führer der großen Armee, die in den Kämpfen der großen russischen Revolution entstanden ist, war er zugleich Held des internationalen proletarischen Kampfes. Zurückgehaltenen Atems verfolgte der Vortrupp des internationalen Proletariats jede Bewegung der Roten Armee. In den kritischen Augenblicken der russischen Revolution und an den gefährlichsten Stellen, in den verantwortlichsten Augenblicken war Frunse. Die Arbeiter der ganzen Welt kennen und lieben den Kommunisten Michael Frunse. Die Arbeiterjugend wird sich ein Beispiel an dem heldenmütigen Leben Frunses nehmen, der durch alle Qualen der zaristischen Hölle gegangen ist und seine Kraft der Sache der Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch geopfert hat. Das internationale Proletariat wird das Andenken des wahren Bolschewiken, des wahren Internationalisten Michael Frunse ehren."

*

Die Nachricht über den Tod des Volkskommissars Frunse hat in der Gesamtbevölkerung der Sowjetrepubliken die tiefste Trauer ausgelöst. Die Leiche wurde im Moskauer Gewerkschaftshaus aufgebahrt. Aus dem ganzen Lande treffen Beileidskundgebungen und Deputationen ein. Die kommunistische Jugendinternationale beklagt den Verlust eines der erprobtesten Soldaten der Revolution. Das Zentralkomitee der russischen Bolschewisten stellt ihn den Werktätigen als nachahmenswertes Beispiel hin. Die Rote Gewerkschaftsinternationale richtete an die RKP. ein tiefempfundenes Beileidstelegramm.

Durchbrechung der Beschlüsse von Liverpool

Die englische bürgerliche Presse wütet über einen Beschluß der Gewerkschaften und der Labour Party von Glasgow, zu den demnächst stattfindenden Stadtratswahlen einen Kandidaten aufzustellen, welcher der Kommunistischen Partei nahesteht. Die lokale Arbeiterpartei hat sich in diesem Falle über die Beschlüsse von Liverpool hinweggesetzt, nach welchen Kommunisten nicht als Kandidaten zu irgendeiner Wahl aufgestellt werden dürfen. Die Beschwerde eines rechten Funktionärs wegen der Aufstellung wurde zurückgewiesen. — Bisher liegt eine Reihe von Meldungen vor, die aus verschiedenen Orten eine Durchführung der Spaltungsbeschlüsse des Labour-Kongresses mitteilen. Um so wichtiger ist der gegenteilige Fall in Glasgow, der beweist, daß die englischen Arbeiter nicht widerstandslos die Kaltstellung ihrer besten Vorkämpfer ertragen.

Die Erschöpfung der nordamerikanischen Oelvorkommen

Wie sehr das Erdöl in den Mittelpunkt der imperialistischen Weltpolitik rückt, ist aus einem Gutachten einer Sachverständigen-Kommission zu ersehen, die die amerikanische Regierung zur Schätzung der Oelvorräte des Landes eingesetzt hat. Das Ergebnis der Untersuchung ist für die Vereinigten Staaten niederschmetternd, denn nach dem Bericht der Sachverständigen wird die förderbare Menge auf 5300 Millionen Faß angegeben. Da die Jahresförderung der Vereinigten Staaten gegenwärtig etwas über 700 Millionen Faß beträgt, so würde dieser Vorrat kaum acht Jahre reichen. Die amerikanischen Erdölvorräte scheinen demnach rasch ihrer Erschöpfung entgegen zu gehen. Mit den Angaben der Sachverständigen stimmt die Steigerung der Oelpreise in der letzten Zeit durchaus überein, und ebenfalls wird dadurch verständlich die Verschärfung des Konkurrenzkampfes um die südamerikanischen Oelfelder zwischen England und Amerika.

Von Ruhe zu Ruhe ...

Roman einer Frau

2] Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Der Mond schien so hell in den Garten und ich suchte immer noch seine Gestalt zwischen den Bäumen — aber er kam nicht wieder.

Nach einigen Tagen, als die Leute merkten, daß er fort war, kamen aus allen Ecken und Enden Mahnbriefe, und da verstand ich erst seine fluchtartige Reise. Schulden, nichts als Schulden hatte er mir hinterlassen, dazu fünf kleine Kinder... Wieviel er von den Schulden in Wirklichkeit gemacht hatte, wußte ich nicht, und er war nicht mehr da, um es zu widerlegen. Die Gläubiger klagten ihre Forderungen ein, und wenn ich nicht bezahlen konnte, wurde gepfändet, denn ich hatte bei unserer Verheiratung den Vater an Haus und Hof in gleiche Rechte eingesetzt, wie sie mir als Erbin des Hofes zustanden, und mußte nun mit meinem Eigentum für seine Schulden haften.

Die Milchkühe aus dem Stalle wurden mir gepfändet, da hatte ich keine Milch mehr für euch. Die Früchte vom Felde wurden gepfändet — da hatte ich kein Brot mehr für euch.

Kind, Kind, wenn wir damals den Großvater nicht gehabt hätten, ich weiß nicht, was ich mit euch hätte anfangen sollen. Darum müßt ihr auch immer hübsch lieb und gut zum Großvater sein. Wenn er auch manchmal mürrisch ist — das Leben hat ihn so gemacht. Und er ist ja auch schon achtzig Jahre alt und hat immer schwer gearbeitet und reichlich seine Pflicht getan. Ihr aber müßt ihm dankbar sein für jeden Tropfen Milch, den ihr trinkt, denn die schöne bunte Kuh, die wir jetzt haben, hat er damals gekauft und euch geschenkt und kein Gläubiger konnte sie euch nehmen. Und alles, was auf dem Felde wuchs, was er für sein Altenteil behalten hatte, das hat er hergegeben, damit ihr Brot hattet und nicht allzu große Not leiden mußtet. Seine Schafe, wovon er heute nur noch einige hat, brachten ihm auch einmal Bargeld ein, wenn er die Wolle verkaufte, und so ging alles Hand in Hand, bis wir nach Jahren endlich von der schwersten Schuld befreit waren. Wir haben alles, alles bezahlt, was euer Vater im Leichtsinn verschuldet hat. Nur die Hypothek steht noch auf dem Hause."

Während sie so erzählte, hatte ich meine linke Hand ganz leise in ihren Busen gesteckt, da ruhte sie so weich und warm, während mein rechter Arm um ihren Nacken geschlungen war und auf ihrem Rücken klopfte, wie ich es so gerne tat, wenn ich der Mutter ein Viertelstündchen auf dem Schoße abbetteln konnte. Sie hatte ja so wenig Zeit und ließ sich doch so gerne liebkosen von uns.

„Mutter", sagte ich endlich, „was ist das für ein Gedeck, von dem die Tante heute sprach, als wir aus der Kirche kamen?"

Da zog meine Mutter den Tischkasten wieder auf, nahm drei Briefe heraus und sagte: „Siehe, dieser Brief war der erste den ich bekam von Eurem Vater, ehe er mit dem Schiff abfuhr. es war der letzte Gruß, den er schrieb, bevor er die Verbindung mit der alten Heimat abbrach."

Sie nahm den Brief aus dem Umschlage und las mir den Inhalt vor, jedoch kann ich mich nur auf die letzte Zeile erinnern, denn sie nährte wieder das alte Hoffen in mir auf ein Wiedersehen... „Katharina, ich vergesse Euch nicht!" Das waren seine letzten Worte, die er der Mutter kurz vor der Abfahrt zugerufen hatte. Wieviel Hoffnung sie wohl in dem vergrämten Herzen der Mutter wachgehalten hatten, wenn sie jetzt nach Jahren noch in dem Kinderherzen neue Wurzeln schlugen.

Dann las mir die Mutter den zweiten, dann den dritten und letzten Brief vor. „Hier den dritten", sprach sie, „bekam ich genau siebzehn Wochen nach der Abreise Eures Vaters und es lagen vierzig Dollar drin. Als ich den Brief aufriß und das viele Geld sah, da habe ich vor Freude laut geschrieen und geweint — und habe Eurem Vater alles, alles vergeben, was er Böses an uns getan hatte. Glaubte ich doch jetzt, daß er ein anderer Mensch geworden sei und nun noch alles gut werden müsse. Und aus übergroßer Dankbarkeit und innerstem Glücksgefühl gelobte ich, Gott etwas dafür zu danken. Da kaufte ich ein feines Altargedeck für unsere Kirche. An hohen Feiertagen legt es der Küster immer auf, denn es ist das schönste, das die Kirche hat. Heute lag es wieder auf und ich mußte immer darauf hinsehen, während der Pfarrer predigte. Als ich dann nach Hause kam, habe ich den Brief wieder hergenommen und gelesen, denn ich kann es immer noch nicht begreifen, warum er nie, nie mehr geschrieben hat."

Mutter ließ die Hände mit dem Brief in den Tischkasten sinken und sah traurig darauf hin. Mein Blick fiel zufällig auf eine Zeile, da hieß es: „Kaufe den Kindern etwas dafür." Ich fragte die Mutter, warum sie das nicht getan hätte? Da sagte sie: „Das habe ich auch getan, aber das Gelöbnis, das ich Gott gegeben hatte, mußte ich erst halten. Und ich werde es auch nie bereuen, trotzdem Euer Vater nie mehr geschrieben hat. Denn siehe, liebes Kind, was man einmal gegeben hat, muß einem nie leid tun, wenn es auch mitunter scheint, als ob Gott und die Menschen unser Opfer nicht gnädig ansehen, da muß man Geduld haben, denn es kommt gewiß doch noch ein Tag, an dem der liebe Gott alles Gute belohnt und alles Böse bestraft. Und wenn Du immer ein gutes Kind bist und Deine Mutter lieb hast und gehorsam bist, dann wird auch Dir der liebe Gott immer helfen."

Ich faltete meine Hände und gelobte im Stillen, immer lieb und gut zu sein...

Wieder waren einige Jahre vergangen. Die Schmiede war leer, denn, nachdem der sechsjährige Kontrakt abgelaufen war, war auch das schöne Schmiedewerkzeug verschwunden oder verbraucht. Und die alleinstehende Mutter hatte weder Zeit noch Geld, um vor Gericht ihre Rechte geltend zu machen. So blieb die Schmiede leer.

Mein Bruder half der Mutter beim Ackerbau und hatte nebenbei noch das Weberhandwerk gelernt, um in der stillen Zeit etwas verdienen zu können. Wer die Hausweberei kennt, wird wohl wissen, welch ein elendes Brot man damit verdient. Man webt ewig am Hungertuche.

Bei uns sah es um jene Zeit nicht ganz so schlimm aus, denn wir hatten den Keller voll Kartoffeln und Gemüse, die Scheune voll Getreide und Kühe im Stall.

Auch die Schwestern, die inzwischen das kleine Dörfchen verlassen hatten, schickten aus der Ferne jeden Monat der Mutter etwas, damit sie die Hypothekenzinsen bezahlen konnte.

So mußten wir alle für den Leichtsinn des Vaters büßen. Ab und zu schickten die Schwestern auch eine Kiste mit Kaffee und Zucker und schönen Kleiderstoffen für uns beide kleinen Mädchen, denn Gustchen war nur zwei Jahre älter als ich. Und in jeder Kiste lag ein Kästchen mit schöner Rosenseife, an der kleine, grüne Blätter befestigt waren. Das Kästchen war mit Papierspitzen umgeben, das sah allerliebst aus, und dazu der herrliche Duft der Seife. — Ach, das war ein Suchen und Freuen, solch ein Tag war wie ein Feiertag im Hause.

Ja, die Schwalbe, so kurz und grob sie in ihrem Wesen war, verstand es doch am besten, wahre Freude zu bereiten.

Ich habe nie begreifen können, wie unsere Mutter all die Arbeit bewältigen konnte, die ihr oblag.

Im Frühjahr ging sie mit dem vollen Saattuch über die Felder und streute den Samen aus. Dann pflanzte sie Kohl, Kartoffeln und Rüben, die dann später gejätet und gehackt werden mußten. Sie mähte den Klee fürs Winterheu und dann die langen, langen Aecker Getreide, die sie alle mit der Sense mähte. Wir kleinen Geschwister mußten bald die Arbeit des Garbenbindens übernehmen, denn für solche Arbeiten kamen die älteren Mädchen nicht mehr nach Hause. Im Herbst kam dann die Obst-, Kartoffel- und Rübenernte.

Aber im Winter kam das letzte und härteste Stück Arbeit — das Dreschen. Oft um drei oder vier Uhr morgens weckte uns die Mutter und dann ging es durch hohen Schnee hinüber in die Scheune. Bald hörte man dann den gleichmäßigen Takt der Dreschflegel: Klapp klapp klapp, Klapp, klapp klapp ... So ging es über die ausgebreiteten Garben hin, bis die Schulglocke läutete. Dann nahmen wir unsere Bücher unter den Arm und gingen genau so sauber, ja oft noch sauberer wie andere Kinder, in die Schule. Denn unsere Mutter gab auf unsere Kleidung genau so acht, wie auf ihr übriges Hauswesen.

(Fortsetzung folgt.)

Was bedeutet ein deutsch-russisches Bündnis

(Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.)

Die sozialdemokratischen Führer haben zwei Argumente, mit denen sie die Ostorientierung bekämpfen. Entweder sie sagen: die deutsche Ostorientierung, also ein deutsch-russisches Bündnis ist der neue Krieg mit der Entente, oder sie sagen: Rußland kann Deutschland nichts bieten, weder politisch noch wirtschaftlich, darum wäre eine Ostorientierung gegenstandslos.

Es ist notwendig, gegenüber den Verdrehungen der sozialdemokratischen Führerschaft ganz klar nachzuweisen, was die politische Ostorientierung für Deutschland sein kann. Ein deutsch-russisches Bündnis bietet politisch für Rußland äußerst wenig, für Deutschland aber sehr viel. Rußland, wie es ist, mit seiner ungeheuren räumlichen Ausdehnung und den bekannten geographischen Bedingungen, ist außerordentlich schwer anzugreifen. Die russische Rote Armee ist in der Verteidigung des heimatlichen Bodens geradezu unüberwindlich. Sowjetrußland kann sehr gut auch ohne ein deutsches Bündnis aushalten. Wenn aber Rußland dennoch ein Bündnis mit Deutschland schließt, so gibt es zu einem erheblichen Teil seine sichere politische und strategische Position auf. Rußland übernimmt Verpflichtungen gegenüber Deutschland, die zu großen Schwierigkeiten und Opfern führen.

Es ist klar, daß die russischen Arbeiter und Bauern ein derartiges Risiko nur zugunsten eines proletarischen Deutschlands übernehmen werden. Die Sowjetregierung will auch mit einem bürgerlichen Deutschland in Frieden leben. Das hat die Sowjetregierung von Rapallo bis zum Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages oft genug gezeigt. Aber das deutsch-russische Bündnis wird nur zwischen den russischen Arbeitern und Bauern und einer deutschen Arbeiter- und Bauernregierung möglich sein.

Wie würde ein solches deutsch-russisches Bündnis sich in der Praxis auswirken? Würde es einen neuen Krieg bringen? Gerade das Gegenteil wäre der Fall. Die akute Kriegsgefahr für das jetzige Deutschland besteht nicht so sehr an der deutsch-französischen als vielmehr an der deutsch-polnischen Grenze. Polens Verhältnisse zu Sowjetrußland war in den letzten fünf Jahren ebenfalls kritisch genug. Aber die polnische regierende Kaste hat allmählich begriffen, daß die russische Rote Armee sehr nah, aber England sehr weit ist. Die reale russische Machtgestaltung hat die polnische Regierung zur Vernunft gebracht. Wie sich bei den letzten Besprechungen Tschitscherins in Warschau zeigte. Ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland und Rußland wäre das beste Mittel, um in Polen einen noch höheren Vernunftgrad zu entwickeln. Weder das deutsche noch das russische Proletariat denkt daran, die Selbständigkeit des polnischen Volkes anzutasten. Ein proletarisches Deutschland würde im Osten auch nur gesicherte, vernünftige Verhältnisse anstreben. Auf Einzelheiten (polnischer Korridor, Danzig usw.) braucht hier nicht eingegangen zu werden.

Eine derartige deutsch-polnische Verständigung ohne Krieg ist nur beim Bestehen eines deutsch-russischen Bündnisses möglich, das durch die Wucht seiner Existenz auf die polnischen Gewaltpolitiker ernüchternd wirkt.

Niemand kann die Möglichkeit verneinen, daß in Frankreich das System Poincare wieder ans Ruder kommt. Welchen Schutz hätte Deutschland gegen einen neuen Ruhreinmarsch unter dem System von Locarno? Die Anhänger der Westorientierung antworten: die englische Garantie „Glaube macht selig" und wer auf die englische Garantie und auf die Paragraphen des Westpakts baut, mag ruhig schlafen. Bei dem wirklichen neuen Vorstoß des französischen Imperialismus über den Rhein würde England genau so mitleidig abseits stehen, wie beim Ruhrkrieg.

Ganz anders wäre die Lage bei dem deutsch-russischen Defensivbund. Sowjetrußland pflegt seine Verträge und Versprechungen zu halten. Die Garantie der deutschen Unverletzlichkeit durch die Rote Armee Rußlands wäre etwas mehr wert als die Unterschrift des Herrn Chamberlain. Die Gefahr eines deutsch-polnischen, genau so wie die eines deutsch-französischen Krieges würde durch das deutsch-russische Bündnis nach menschlichem Ermessen außerordentlich vermindert.

Wie steht es jedoch mit der Behauptung der sozialdemokratischen Führer, daß das deutsch-russische Bündnis sofort den neuen Weltkrieg zur Zerreißung des Versailler Vertrags bringen würde? Wir Kommunisten wollen den Versailler Vertrag und den Dawespakt nicht durch einen Revanchekrieg aufheben, sondern durch die kluge Politik eines proletarischen Deutschland, das die Solidarität des französischen und englischen Proletariats wachruft. Der Abschluß eines deutsch-russischen Bündnisses ist an sich noch nicht die Zerreißung des Versailler Vertrags, sondern dieses Ziel ist nur durch gemeinsame Aktion des russischen, des deutschen und des westeuropäischen Proletariats zu erreichen. Der Weg, der dorthin führt, geht über die internationale Gewerkschaftseinheit. Ist beim Abschluß eines solch deutsch-russischen Bündnisses die Revolutionierung Westeuropas noch nicht genug fortgeschritten, so müßte Deutschland zunächst im Rahmen der Verträge bleiben, aber es hätte bei jedem Konflikt mit dem Ententekapital an Sowjetrußland eine Stütze, wie sie jetzt selbstverständlich nicht da ist.

Der wirtschaftliche Sinn eines deutsch-russischen Bündnisses ist schon oft erörtert worden. Nur die Ostorientierung kann der deutschen Industrie den Absatzmarkt sichern, der zur Ernährung des deutschen werktätigen Volkes nötig ist. Aber auch politisch ist das Bündnis eines proletarischen Deutschland mit Sowjetrußland kein Abenteuer, sondern der Weg zum gesicherten Frieden und zur Befreiung vom internationalen Kapitalismus.

Der Kampf gegen Locarno in der Labour-Party

(Eig. Drahtb.) London, 3. November.

Trotzdem sich ein Teil der offiziellen Führer der Labour-Party für die Annahme des Locarno-Paktes ausgesprochen hat und Macdonald erst bei seinem letzten Aufenthalt in Brüssel am 30. Oktober die Versicherung abgegeben hat, daß der Pakt im Unterhaus zur Annahme gelangen werde, wird die Kampagne gegen Locarno nicht nur von den Führern des linken Flügels, sondern weit darüber hinaus von den rechten Kreisen weiter betrieben. Der „Daily Herald" bringt täglich Reden von bekannten Labour-Mitgliedern, die sich äußerst drastisch und scharf gegen die Einkreisung und Bedrohung Rußlands wenden.

So hat der frühere Minister der Labour-Regierung, Oberst Wedgewood, am 30. Oktober in einer Versammlung in Wandsworth äußerst heftig den Pakt angegriffen:

„Ist die Sowjetunion wirklich so unvernünftig, wenn sie sich gegen den Locarno-Vertrag wendet? Wenn alle Staatsmänner, die in Locarno waren, wirklich aus reiner Friedensliebe gehandelt hätten, so hätte Rußland freilich nicht viel vom Westpakt zu fürchten. Aber alle Staatsmänner sind nicht Engel!"

Selbst ein so rechtsstehender und mit der imperialistischen Politik Englands verbundener Führer wie Oswald Mosley, ein naher Verwandter Lord Curzons und selbst Lord — trotz seiner Zugehörigkeit zur Labour-Party —, macht aus seiner Paktgegnerschaft kein Hehl:

„Mag der Locarno-Pakt nun mit ausdrücklicher Spitze gegen Rußland abgeschlossen worden sein oder nicht, so ist es doch unvermeidlich, daß Rußland ihn gegen sich gerichtet ansieht, solange nicht auch ein Friedensvertrag mit ihm abgeschlossen ist. Der Pakt ist ein schlechtes Instrument, er ist voll von gefährlichen Vorkehrungen und Paragraphen und ungeeignet zur Herstellung des Weltfriedens."

Noch deutlicher als in dieser Rede, die er am Freitag in einer Versammlung in Coventry hielt, hat sich Mosley einige Tage vorher in Leicester ausgesprochen, wo er offen sagte:

„Man bezeichnet es als Wunder was für einen Frieden, der in Locarno für die ganze Welt gesichert worden ist. Tatsache ist es aber, daß mit dem Pakt nichts anderes als ein alter Plan des deutschen Kaisers zur Ausführung gebracht worden ist, nämlich der Block der Westmächte zur Bekämpfung der Staaten des Ostens. Die Geschichte hat bewiesen, daß dieses System unvermeidlich zum Krieg geführt hat und führen muß!"

Englisch-französischer Versuch in der Frage der Zarenschulden

Die verzweifelte Stimmung der kleinen Rentner und Sparer infolge des Frankensturzes beginnt die französische Regierung zu einer neuen Hetze gegen Sowjetrußland wegen der Anerkennung der zaristischen Kriegs- und Vorkriegsschulden an Frankreich auszunützen. Nachdem mehrere Vermittlungsvorschläge der Sowjetregierung abgelehnt worden sind, melden die „Times" aus Paris, daß Briand mit vollem Einverständnis Chamberlains im Begriffe stehe, von der Sowjetregierung eine neue Erklärung zu fordern. Betont wird in der Meldung ausdrücklich die

enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England, die in der Frage der Zahlbarmachung Sowjetrußlands in Erscheinung trete.

Bestätigt wird die Nachricht durch ein plötzliches und nicht unbedeutendes Steigen der Kurse der zaristischen Anleihen an der Londoner Börse. „Sunday Times" ist der Ansicht, daß es sich um eine begründete Spekulation handle und daß man auf eine „Stärkung des kapitalistischen Einflusses" in der Sowjetunion rechnen könne.

Das Bild des allgemeinen Finanzangriffes wird vervollständigt durch amerikanische Pressestimmen, die der „Erwartung" Ausdruck geben, daß Sowjetrußland endlich auch an die Regelung der Zarenschulden in den Vereinigten Staaten schreiten müsse, wenn es auf Herstellung der Wirtschaftsbeziehungen rechne. Man sieht, der erste Akt der Einkreisungspolitik ist im Werden!

Um den Bergarbeiterschutz in Preußen

Sozialdemokratische und zentrümliche Umfall- und Kompromißpolitik

Von Gustav Sobottka

II.

Da die Fragen des Bergarbeiterschutzes in den Bergarbeiter-Versammlungen ausgiebig besprochen werden müssen, ist es notwendig, daß unsere Genossen im Bergarbeiterverband diese Artikelserie aufbewahren, und das Material in den Versammlungen verwenden. Der erste Artikel erschien am Freitag, den 30. Oktober. Die Redaktion.

In dem angeführten Artikel der Bergarbeiterzeitung schreibt Herr Jakobs wörtlich:

Daß aber auch Arbeitervertreter gegen die Worte: „soweit sie Tarifträger sind" stimmen würden, war mir bis dahin unbekannt... Aber ich sollte eines Besseren belehrt werden. Bei der Abstimmung über den Antrag betr. Bergrevierinspektoren (Einfahrer) beantragte ein christlicher Gewerkschaftsangestellter, Mitglied des Zentrums, die Worte: „soweit sie Tarifträger sind" zu streichen. Jetzt war für die Kommunisten der Moment gekommen, den verhaßten Gewerkschaften eins auszuwischen. Sie stimmten nämlich in holder Harmonie mit der gesamten Rechten für die Streichung. Draußen schreien diese Leute für die Einheitsfront...

Dieser Erguß kann nur dem Gehirn eines Dummkopfs entspringen, der überhaupt nicht weiß was vorgeht. Tatsächlich hat Jakobs auch nicht gewußt, worüber abgestimmt wurde; was sein Geschrei bei der Abstimmung am fraglichen Tage bewies. **Richtig ist, daß gerade ich im Ausschuß für Handel und Gewerbe als Vertreter der KPD.-Fraktion mit aller Schärfe dafür eingetreten bin: daß wenn schon eine Vermehrung der Einfahrer aus den technischen Grubenbeamten erfolgen sollte, diese nur aus dem am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften entnommen werden sollten.** Dementsprechend war auch mein Verhalten sowie daß der Fraktion im Plenum bei der Abstimmung. Wäre es anders gewesen, dann wären ja schon im Ausschuß die Worte, „soweit sie Tarifträger sind", verschwunden.

Denn im Unterausschuß war meine Stimme und im Ausschuß für Handel und Gewerbe die Stimme der drei Kommunisten ausschlaggebend, solange die Zentrumsleute und Demokraten festblieben, **und das war im Ausschuß der Fall.**

Wenn im Plenum die Worte gestrichen worden sind, so nur darum,

weil die Jakobschen Bundesbrüder, die Zentrumsleute, in der Zwischenzeit umgefallen waren,

genau so, wie in anderen Fragen die Sozialdemokraten umgefallen sind. Warum, werde ich später noch beweisen:

Die Behauptung, daß mit Hilfe der Kommunisten der Antrag verschlechtert wurde, ist so absurd, daß es Zeitverschwendung wäre weiter darauf einzugehen.

Auch der dümmste Abgeordnete müßte wissen, daß 235 die Mehrheit von 450 ist. Und wenn die Deutschnationalen und Volksparteiler mit dem Zentrum zusammen für etwas stimmen, dann haben sie allein 235 Abgeordnete zu denen noch die 17 Volksparteiler und 11 Völkischen treten, das sind zusammen 263 gegenüber 185 Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten.

Daß Herr Jakobs, auf Anregung seiner sozialdemokratischen Parteischieber, den Verleumdungsartikel gegen die Kommunisten in der Bergarbeiterzeitung bringt, hat aber eine andere Bedeutung. **Jedem muß es auffallen, daß Herr Jakobs feststellt, daß die Streichung der Worte „soweit sie Tarifträger sind" von dem zentrümlichen Bergarbeiterführer Karsch beantragt und durchgesetzt wurde.**

Aber kein Wort der Kritik gegenüber diesen zentrümlichen Bundesbrüdern.

Man ist zufrieden, daß diese mit den Gelben gemeinsame Sache machen, dagegen aber eine Hetze gegen die Kommunisten. **Durch die Hetze gegen die Kommunisten soll verschleiert werden, die allmähliche Annäherung der ganzen Arbeitsgemeinschaft an die Gelben, deren eifrigste Betreiber die zentrümlichen Bergarbeiterführer sind.** Die kleinen Gernegroßen im Bergarbeiterverband sehen noch nicht, wohin der Weg geht, darum lassen sie sich von den sozialdemokratischen Parteischiebern für solche Dinge, bewußt oder unbewußt, gebrauchen. Die Bergarbeiter müssen aber auf diese Dinge Obacht geben!

In dem fraglichen Artikel wird dann weiter behauptet, **daß bei der Gesamtabstimmung über den Antrag zur Vermehrung der Einfahrer, die Kommunisten zuerst dagegen gestimmt haben.** Nachdem die Abstimmung angezweifelt wurde und eine Auszählung angeordnet war, sie auf einmal durch die Tür hereingekommen wären, und dadurch den verschlechterten Antrag angenommen haben.

Es ist richtig, daß die Kommunisten bei der ersten Abstimmung gegen den Aenderungsantrag, **der gemeinschaftlich von den Regierungsparteien auf Wunsch der Regierung gestellt** war, gestimmt haben. Nämlich aus folgenden Gründen:

Im Ausschuß wurde ein Antrag mit den Stimmen von Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Er kann auf Drucksache Nr. 760 und 7 b jederzeit nachgelesen werden. In diesem Antrag wird sinngemäß gesagt, **daß die Vorschläge für die Einfahrer, die am Tarif beteiligten Angestelltenorganisationen zu machen haben.** Das Oberbergamt hat über die gemachten Vorschläge zu entscheiden, es ist aber an die Vorschläge gebunden, aus ihnen müßten die Einfahrer entnommen werden.

Obwohl unsere grundsätzliche Stellung zu den Einfahrern, wie aus dem zu Anfang dieses Artikels Angeführten hervorgeht, dahin klar ist, **daß wir sie nicht für eine segensreiche Einrichtung für die Bergarbeiter halten, haben wir im Ausschuß diesem Antrage zugestimmt, um zu erreichen, daß für die Zukunft die Einfahrer nur aus den organisierten technischen Grubenbeamten, das sind vorwiegend die Steiger, entnommen würden, und um zu verhindern, daß die Bergbehörde in der Lage wäre, Leute zu Einfahrern zu bestellen, die der Kategorie der durchgefallenen Bergassessoren und sonstigem Zeug angehören.**

Dieser im Ausschuß angenommene Antrag war aber den reaktionären Bergräten des Ministeriums außerordentlich unangenehm. Er band dem Oberbergamt in seiner Willkür bei der Auswahl der Einfahrer die Hände, **und darum erklärte der Vertreter der Regierung, daß dieser Antrag für sie unannehmbar sei.** Sie, die Regierung, würde mit allen Mitteln gegen die Durchführung dieses Antrages kämpfen. Dasselbe wurde auch, wie ich später zeigen werde, bei dem Punkte Grubenkontrolleure gesagt.

In der Zeit zwischen Ausschußberatung und der letzten Beratung im Plenum ist es dann aber der Regierung beziehungsweise den reaktionären Ministern und Bergräten gelungen,

die Regierungsparteien, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten umzustimmen.

Am Tage vor der Beratung im Plenum brachten diese dann gemeinschaftlich einen Aenderungsantrag ein. **Dieser Antrag kann auf Drucksache 823 Ziffer 5 jederzeit nachgelesen werden.** Der Sinn dieses geänderten Wortlauts ist der **„daß die Organisationen Vorschläge machen können".** Das Oberbergamt ist aber an diese Vorschläge nicht gebunden. **Es kann auch außerhalb dieser Vorschläge seine Einfahrer entnehmen.**

Mit der Einbringung dieses Antrages waren Zentrum und Sozialdemokraten umgefallen und der Sieg lag auf der Seite der reaktionären Bergräte.

Gegen diesen geänderten Antrag haben wir bei der ersten Abstimmung gestimmt, um zu erreichen, daß der Ausschußantrag zur Abstimmung und Annahme gestellt würde. Als die erste Abstimmung darüber zweifelhaft war und wir den Saal verließen, kamen Sozialdemokraten und Demokraten zu uns und teilten uns mit, daß bei einer Aussprache zwischen den Regierungsparteien die Demokraten erklärt hätten, daß sie nicht für den Ausschußantrag stimmen werden, **das gleiche würden auch eine Reihe Zentrumsleute tun, weil der Ausschußantrag für ihren Minister nicht tragbar sei.**

Durch den Umfall dieser Sippschaft, mit der die Sozialdemokraten durch dick und dünn gehen, war keine Mehrheit mehr für den Ausschußantrag vorhanden. Wenn nun der Aenderungsantrag auf Drucksache 823 zu 5 auch abgelehnt worden wäre, wäre überhaupt nichts mehr übrig geblieben. **Aus diesen Gründen, und nicht wie der Herr Jakobs behauptet, daß der Genosse Pieck erst die Fraktion veranlaßt hätte, bei der zweiten Abstimmung dafür zu stimmen, haben auch die Kommunisten den Antrag angenommen.**

Es wird nun an den Befürwortern und Antragstellern liegen, in der nächsten Zeit zu beweisen, welche Vorteile der angenommene Antrag den Bergarbeitern bringen wird. **Wir werden ihnen dabei nicht hinderlich sein.** Im Gegenteil, dadurch, daß wir dem Antrag zugestimmt, haben wir den Demagogen und Kuhhändlern der Sozialdemokratie den Vorwand genommen, vor der Arbeiterschaft zu behaupten, ihre Anträge wären nicht durchzubringen gewesen, weil die Kommunisten sie niedergestimmt haben. **Darüber die Wut, die zur Verleumdung treibt!**

(Forts. folgt.)

Schlesische Rundschau

Waldenburg. Verschüttet. Auf der Davidgrube in Konradsthal wurden die beiden Hauer Hermann Krause und Ernst Jenke durch herabfallendes Gestein verschüttet. Nach langem Bemühen gelang es den Arbeitskollegen, diese wieder freizubekommen. Beide haben schwere Verletzungen davongetragen.

Schweidnitz. Ehetragödie. Ein erschütternder Vorgang ereignete sich in der Familie des in Grädiz wohnenden früheren Lagerhalters Ott. Die Ehe war zerfallen, da der Mann ein Verhältnis zu einer Beamtentochter in Schweidnitz unterhielt und sich trotz der Vorhaltungen seiner Frau nicht davon abbringen ließ. In ihrer Verzweiflung nahm die Frau Gift und lag unter qualvollen Leiden mehrere Tage im Todeskampf, bis sie trotz ärztlicher Hilfe erlag.

Hirschberg. Ein „erschütterndes Ereignis". Hindenburg hat bei dem achten Sohne des Schneidermeisters Nitsche in Schmiedeberg eine Patenstelle übernommen. — Hurra! Alte „Erinnerungen" steigen an Wilhelms des Ausreißers „siebenten Sohn-Patenschaften" auf — aber Hindenburg nimmt Nummer 8.

Liegnitz. Die Bergziegelei niedergebrannt. Montag abend gegen ½10 Uhr brach in der Bergziegelei am Wege zwischen Dornbusch und der Siegeshöhe ein Brand aus, der sich innerhalb weniger Minuten zu einem Großfeuer von riesigen Ausmaßen entwickelte. Bei den Löscharbeiten trat Wassermangel ein, da der zur Verfügung stehende Teich bald erschöpft war. Der Betrieb ist unterbunden. Wie man hört, werden etwa 60—70 Leute arbeitslos.

Sorau. Unglücksfall. Hinter dem Bahnhof sprang eine Frau Anna Kolbe aus Schönwalde aus dem Zuge, da sie in einen falschen Zug eingestiegen war. Sie trug einen Schädelbruch davon und starb nach wenigen Minuten.

Münsterberg. Ein Opfer seiner Raserei. Ein schweres Autounglück ereignete sich auf der Chaussee zwischen Reulendorf und Rackschütz. Das Auto des Kaufmanns Pülchel aus Breslau, über das der Besitzer die Gewalt verloren hatte, fuhr mit 60-Kilometergeschwindigkeit an einen Baum. Der Autobesitzer wurde schwerverletzt.

Leobschütz. Durch Starkstrom getötet. Beim Legen einer elektrischen Lichtleitung in Hohndorf wurde der Elektromonteur Frommel durch Starkstrom getötet. Der leblose Körper blieb an der Leitung hängen und konnte erst nach Ausschaltung des Stromes heruntergeholt werden.

Kattowitz. Der Tod in der Grube. Auf der Grube Viktor in Myslowitz ist der Hauer Anton Dezien von Kohlenmassen verschüttet worden. Er war sofort tot.

Die kulturelle Bedeutung des Radio!

Der Arbeiter-Radio-Klub schreibt uns:

Das Radio hat die Fenster geöffnet zur ganzen Welt. Nicht mehr an räumliche Grenzen gebunden, vermag der Mensch seine Kunst und seine Kenntnisse hinauszurufen bis ans Ende der Welt. Das durch Radio verbreitete Wort kann von Millionen von Menschen gehört werden, und seine Wirksamkeit ist keinem anderen gleichzustellen. Es ist geeignet, das Theater, das Kino, den Konzertsaal und den Vortragssaal von seiner heutigen Bedeutung zu verdrängen. In noch viel größerem Maße gilt das für die Presse. Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Presse der Zukunft „Die gesprochene Zeitung" sein wird. Denn es gibt keine zweite Möglichkeit, eine Nachricht so schnell, so bequem, so billig an einen so großen Kreis von Menschen gelangen zu lassen. Daß bis jetzt die Nachrichtenvermittlung durch Radio noch so geringe Bedeutung hat, liegt zum Teil an der Jugend der Radiotelefonie. Aber die nicht geringere Schuld trifft das Pressekapital, das ihr Ende befürchtet und sich der vollen Ausnutzung des Radio auf diesem Gebiete widersetzt. Aber technische Fortschritte setzen sich durch, auch gegen die Interessen von einzelnen Gruppen. Und die Radiozeitung wird die Zeitung der Welt werden. Nicht anders wird es der wissenschaftlichen Lehre ergehen. Die Verbreitung des Wissens in der breiten Masse wird durch Radio geschehen.

Zieht man dabei in Rechnung, daß die Möglichkeit gegeben ist, hierdurch Kreise zu erfassen, die wegen ihrer Entfernung von unseren Kulturzentren nicht zu erfassen waren, daß diese Menschen aus Mangel an anderen Unterrichtsquellen sich mit Leib und Seele dem Radio verschreiben werden, so erkennt man, daß hier ein Instrument geschaffen wird, dessen Einfluß einzigartig ist, und gegen dessen Macht kaum anzukämpfen sein wird. So betrachtet, kann es uns, die wir ein Programm verfechten, nicht gleichgültig sein, in wessen Händen diese neue Großmacht liegt. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob wir uns ihre Vorteile zunutze machen, oder ob sich andere ihrer bemächtigen. Diese Frage rührt an unsere tiefsten Lebensinteressen. Die großen Gefahren und die denkbaren unermeßlichen Vorteile des Radios nicht rechtzeitig erkannt zu haben, kann zu einer Unterlassungssünde werden, von der sich die lebende Generation des klassenbewußten Proletariats nicht würde reinwaschen können.

Aus unseren Reihen haben sich einige im Arbeiter-Radio-Klub zusammengetan. Dieser befaßt sich mit dem Problem und sucht die Wege zu einer Lösung. Es ist zwar noch nicht geglückt, nach außen hin sichtbar Bedeutendes zu leisten, weil der Klub noch nicht das genügende Interesse der Arbeiterschaft gefunden hat, das seine Ziele verdienen. Er arbeitet aber dessen ungeachtet rege an seinen Aufgaben. Um zu zeigen, was er bis jetzt geleistet hat, um in großzügiger Weise seine Ideen zu propagieren und in weitesten Kreisen Interesse für sie zu erwecken, hat er sich entschlossen, seine Ausstellung zu veranstalten. Diese wird in Leipzig in der Gohliser Meßhalle vom 14.—22. November 1925 stattfinden. Jeder hat die Möglichkeit, durch rege Beteiligung und Besuch der Ausstellung dem Arbeiter-Radio-Klub zu helfen. Stehe keiner zurück, sondern unterstütze diese Veranstaltung durch zahlreiche Beschickung der Ersten Deutschen Amateur-Ausstellung des Arbeiter-Radio-Klubs. Man wende sich sofort an die Ausstellungsleitung der Dafa, Leipzig, Sternwartenstraße 40.

Arbeitersport

Bezirks-Kinderturnstunde des 6. Bezirks

Am Sonntag, den 11. Oktober, fand in Schweidnitz (Hindenburghalle) die Bezirksübungsstunde für das Kinderturnen statt. Früh 8½ Uhr eröffnete Bezirks-Kinderturnwart Genosse Hanke dieselbe und wurde folgender Uebungsstoff durchgeturnt: Geräteturnen, Musikturnen, Schritt- und Hüpfarten und zum Schluß einige kleine Singspiele. Leider war die Zeit so kurz bemessen, daß jedes Gebiet eigentlich nur gestreift werden konnte, während das Freiübungsturnen sogar ganz weggelassen werden mußte. Die kurze Nachmittagssitzung umfaßte folgende Tagesordnung: 1. Kritik des geturnten Stoffes, 2. Neuwahl des Bezirks-Kinderturnwarts, 3. Verschiedenes. Unter Kritik wurde nur gewünscht und auch beschlossen, daß in künftigen Vorturnerstunden auch der Nachmittag für den technischen Teil derselben verwandt werden soll. Der 2. Punkt ergab einstimmige Wiederwahl des bisherigen Bezirks-Kinderturnwarts, Genossen Hanke, Schweidnitz. Unter Verschiedenem wurde das Fehlen folgender Vereine scharf kritisiert, die fast immer durch Abwesenheit glänzen: Bolkenhain, Frankenstein, Groß-Rosen, Gutschdorf, Patschkau, Peterswaldau. Es wäre endlich einmal Zeit, mit dieser Bummelei Schluß zu machen. Oder sind diese Vereine technisch und theoretisch so weit vorgebildet, daß sie die Uebungsstunden nicht beschicken brauchen?

Bezirksvorturnerstunde des 1. Bezirks

Am 18. Oktober fand in Breslau, Liegnitzer Turnhalle, die Bezirksvorturnstunde statt und wurde um 9 Uhr vom Bezirksturnwart, Turngenossen Pfeiffer, eröffnet. Es wurden einige Uebungen der körperbildenden Gymnastik geübt, welche den Wert hatten, den Körper gründlich durchzuarbeiten. Beim Pferdturnen wurden insbesondere die Grundübungen gezeigt. Am Reck wurde die Erlernung und Hilfeleistung der Kippen und verschiedenen Schwungstemmen geübt. Alsdann wurden die Uebungen des Kreisfestes, welches nächstes Jahr in Görlitz stattfindet, an sämtlichen Geräten erläutert und geturnt. Um ½12 Uhr wurde die Turnstunde beendet und um 3 Uhr folgte die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Kritik und die neue Prüfungsordnung, 2. Wahlen, 3. Organisation, 4. Veranstaltungen, 5. Verschiedenes. Kritik über die Turnstunde wurde nicht geübt. Turngenosse Pfeiffer erläutert die neue Prüfungsordnung für Vorturner und erklärt, daß die nächste Prüfung, welche am 8. November stattfindet, da er vom Bunde noch nicht die nötigen Anweisungen erhalten hat, nach dem alten System durchgeführt wird. Als Bezirksturnwart wurde Turngenosse Pfeiffer wiedergewählt. Unter Organisation war nichts von Bedeutung. Die nächsten Bezirksveranstaltungen sind: am 1. November Bezirksvertreterkonferenz, am 8. November Bezirksvorturnerprüfung und am 17. Januar die nächste Bezirksvorturnerstunde. Zu derselben wurde der Wunsch laut, das Keulenschwingen und den Medizinball sowie einen Vortrag über „Kampfrekord zum Massensport" zu berücksichtigen.

Handball

Bunzlau Rasensport I — Mochbern-Breslau I 5:1. Trotz des Regens hatten sich die Mochberner Genossen in Bunzlau zu einem Spiel eingefunden. Sofort nach Angriff scharfes Tempo auf beiden Seiten, der Ball wandert von einem Tor zum andern, und manche gefährliche Situation entsteht für beide Parteien. Bei einem Durchbruch gelingt es Bunzlau, durch ihren Linksaußen den ersten Erfolg zu erringen. Und in nicht zu ferner Dauer sitzt auch das zweite in Mochberns Maschen. Nun drückt Mochbern durch und kann auch das erste und letzte Tor des Tages buchen. Mit 2:1 ist Halbzeit. Nach ihr gelingt es Bunzlau, noch einmal einzusenden und die Torzahl auf fünf zu erhöhen. Einige scharfe Bälle des Mittelstürmers und Halbrechten von Mochbern scheitern an der guten Abwehr des Bunzlauer Tormannes. Beide Mannschaften spielten gut.

G. T., Bunzlau.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545
Montag 8 Uhr
Zum 99. Male
Mädi
Dienstag und täglich 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn:
Wiener Blut

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 1. Nov. bis 8. Nov.
Montag, den 2. November, abds. 8 Uhr
Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag, den 3. November, abds. 7½ Uhr
Ali Baba(?) Fatinitza und die vierzig Räuber
Mittwoch, den 4. November, abds. 6 Uhr
5. Vorstellung im Abonnement
Gastspiel **Bella Fortner-Halbaerth**
von der Städtischen Oper in Berlin
Der Ring des Nibelungen
Götterdämmerung
Donnerstag, den 5. Nov., abends 8 Uhr
Les petits riens
Hierauf:
Die Ruinen von Athen
Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr
Intermezzo
Sonnabend, den 7. Nov., abds. 7½ Uhr
Ali Baba und die vierzig Räuber
Sonntag, den 8. November, nachm. 3 Uhr
Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen
Undine
abends 8 Uhr
Tiefland

Liebich-Theater
Telephon Ring 1646
Monat November
8 Uhr
Zum 1. Male in Europa!
Adrian Singels 10 Elefanten
Brüder Rigoletto
u. Schwestern Swanson in ihrer amerikanischen Schau
Barbette
Das Wunder am Drahtseil und Trapez
Alex Stamer
Der sächsische Komiker
Effi und Kati Ritter
Prima-Ballerinen vom Palace-Theater New-York
Karl Edler
Der rätselhafte Redner
Andrea und Théo
Exzentrisch-akrobat. Tanzneuheit
Arthur Klein
-Familie
„Das explodierende Motorrad"
Will Camera
Komischer Jongleur
Werner Amoros-Comp.
Ein phantastischer Studentenulk

Lobe-Theater		Thalia-Theater
„Don Karlos, Infant von Spanien"	Montag, 2. 11., 8 Uhr	„Wenn der junge Wein blüht"
„Don Karlos, Infant von Spanien"	Dienstag, 3. 11., 8 Uhr	„Wenn der junge Wein blüht"
„Don Karlos, Infant von Spanien"	Mittwoch, 4. 11., 8 Uhr	„Wenn der junge Wein blüht"
„Don Karlos, Infant von Spanien"	Donnerstag, 5. 11., 8 Uhr	„Wenn der junge Wein blüht"
„Don Karlos, Infant von Spanien"	Freitag, 6. 11., 8 Uhr	„Wenn der junge Wein blüht"
Erstaufführung „Ueberfahrt" v. Sutton Vane	Sonnabend, 7. 11., 8 Uhr	Gastspiel M. Kallenberg „Familie Schimek"
„Der Kreidekreis"	Sonntag, 8. 11., 3½ Uhr	„Der Wehrgreis"
„Ueberfahrt"	Sonntag, 8. 11., 8 Uhr	Gastspiel M. Kallenberg „Familie Schimek"
„Ueberfahrt"	Montag, 9. 11., 8 Uhr	Gastspiel M. Kallenberg „Familie Schimek"

Sprechapparate
Reparaturen u. Ersatzteile. Mandolinen, Lauten, Ziehharmonika, Violin. Teilzahlung gestattet.
Mücke, Weidenstr. 1

Räder Da. 98, Hr. 97, Renn 125
1 J. Garantie, Mufenlötung
Rahmen 32, 45, Renn 47
Gabel 3.50, Kette 2, Pedale 2,
Rahmen emaill. Feuer 2.50 Mk.
Rohr einlöten 3.90, Lager 12.90
Hahn, Katharinenstr. 13.

Gummi elast. Schnürriemen ohne Schleifen zu binden
Paar 20 Pfennig
sowie alle Sorten von Macoriemen liefert
Willi Lange
Breslau, Friedr.-Wilh.-Straße 17a
Händler u. Wiederverkäufer verlang. Sond.-Off.

Felle
kauft ständig
Max Riesenfeld
Breslau 1
Neumarkt 26

Fries-Brot „Edelweiß"
Weiß- und Süßwaren
in hoher Qualität 115
Fritz Grieger, Mehlgasse 30

Zigaretten Zigarren u. Tabake
empfiehlt
Zigarrengeschäft
G. Zimmermann
Schweidnitz,
Hohstraße Nr. 39
Engros Endetail

Kinderloses Ehepaar sucht
per sofort
Möbl. Zimmer
mit Küchenbenutzung.
Gegend Obertor. Offerten unter unter G. 100 an die Exped. d. Ztg

Achtung! Achtung!
10 Billige 10
Ausnahmetage
von Mittwoch, den 28. Oktober bis Sonnabend den 7. November
stelle ich einen großen Posten
Gardinen / Stores / Bettdecken
zu spottbilligen Preisen zum Verkauf
Außerdem
bringe ich billig zum Verkauf
Teppiche, Läuferstoffe, Brücken Vorleger, Diwandecken Tischdecken, Gobelins und Wachstuche
Bequeme Teilzahlung gestattet
C. Nixdorff
Hermann-Stehr-Straße Nr. 6

Leder
für Schuhmacher
billig bei
Max Riesenfeld
Breslau 1
Neumarkt 26
neben Wiesner
Telephon Ohle 6636

Beihoff's Gaststätte Rehdiger Str. 10
Jeden Sonntag
vormittags 11—1 Uhr und ab abends 7 Uhr
musikal. Unterhaltung
Gutgepflegte Biere und Getränke
Jeden Sonnabend u. Sonntag Eisbeinessen
Hugo Bach, Oekonom

Lokales

Mitgliederwerbung für die RH.

Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe hat für den 10. bis 16. November für ganz Schlesien eine Mitgliederwerbungskampagne für den gesamten Bezirk festgesetzt. Die Bezirksleitung der KPD. hat ihre Mitglieder, die ja alle der Roten Hilfe angehören, angewiesen, in dieser Zeit die Mitgliederwerbung gemeinsam mit den RH.-Genossen durchzuführen.

Wie wichtig die Rote Hilfe ist, wird jeder begreifen, wenn er an die täglichen Meldungen von den Greueltaten des weißen Terrors in allen kapitalistischen Ländern und von den Blururteilen der Klassenjustiz in unserer Zeitung liest. Millionen Opfer der Klassenjustiz sind zu unterstützen. Ungeheuer groß ist die Not bei den Angehörigen der politischen Gefangenen. Um den Kampf um die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen erfolgreich zu führen, sind Millionen von Mitgliedern notwendig. Zehntausende allein in Schlesien. Darum werbet Mitglieder der Roten Hilfe! Werbt Mitglieder der Roten Hilfe! Uebt praktische Solidarität!

Rot Front

Von einem Mädchen, einer Frau? ... Manche werden ungläubig mit dem Kopfe schütteln oder ein mitleidiges Lächeln nicht verbergen können, wenn sie diese wenigen Worte lesen. Wieder andere sagen, na, eine Frau sagt dies nur, weil es etwas Neues ist, aber sonst? Was sollten die sich weiter darüber für Gedanken machen?

Mein Wunsch wäre, jeden dieser Genossen vorzunehmen, ihm herzhaft die Hand zu drücken, fest ins Gesicht schauen und sagen: Rot Front, Genosse! Ich glaube, da würde er nicht lachen. Und warum? Nicht etwa, weil er dabei denkt, ja, das ist nun eben mal eine Ausnahme. Nein, daran denkt er nicht im geringsten. Von dem Moment an überlegt er sich, was es heißt, aus einem Frauenmunde ein mutiges „Rot Front!" zu hören.

Wir wissen, daß es sehr viele Frauen und Mädchen gibt, die der Organisation des Roten Frontkämpferbundes sympathisch gegenüberstehen. Wir wissen auch, daß unter ihnen noch sehr, sehr viele sind, die darin eine Sensation sehen. Sehr viele Mädchen, die hinter den Roten Frontkämpfern marschieren, wissen noch nicht, daß dies eine Kampforganisation des revolutionären Proletariats ist. Sie haben noch keinen Begriff vom Klassenkampf. Sie sehen darin nur das „Neue". Kann man ihnen das übel nehmen? Ich sage: Nein! Es ist ein Zug unserer Zeit, daß der größte Teil, vielleicht sogar alle Menschen, sehr viel eingestellt sind auf Sensationen. Aber das ist keine Entschuldigung.

Es gibt auch noch andere Frauen und Mädchen, die diese Bewegung nicht als „sensationell" ansehen. Das sind die Frauen und Mädchen, die schon erkannt haben, daß eine Besserung der Lage des Proletariats nur auf dem Wege des Klassenkampfes herbeigeführt werden kann. Ihre erste Aufgabe ist es, das vor allem den anderen Lebensgenossinnen zu sagen. Die aufgeklärten Proletarierinnen sehen in den Roten Frontkämpfern ihre Väter, Brüder, Söhne und Gatten. Die Männer, die schon jahrzehntelang mit eisernem Willen kämpfen gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker, die sich zusammengeschlossen haben in den Wirtschaftsorganisationen — den Gewerkschaften — und zum anderen politisch organisiert sind. Der Rote Frontkämpferbund macht nicht nur zur Bedingung eine besondere Parteirichtung. Er sagt allen Proletariern, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen: Reiht euch ein in die Rote Front! Warum sollten das nicht auch die Frauen sagen? Sie sehen die tägliche Not im Hause, im Betrieb. Jawohl, sie sind die dreifach Ausgebeuteten, wie dies schon ganz richtig an einer anderen Stelle dieser Zeitung gesagt wird. Warum sollten sie alles, was sie empfinden, was in ihnen rebelliert, nicht ausklingen lassen in den herrlichen Worten: „Rot Front!"

Die klassenbewußten Frauen werden ihre Männer nicht hindern, dem FB. beizutreten. Im Gegenteil. Sie werden sie dorthin drängen, wenn sie noch zögern sollten.

Weiß nicht die Geschichte sehr viel zu erzählen von Frauen, die oft mutiger waren als ihre Männer, die ihre Männer zum Kampf, zur Revolution erst treiben mußten? Und das konnten sie nicht mit Wehklagen und Verzweiflungsschreien. Sie zeigten durch die Tat, welche ungeheuren Kräfte in der Frau schlummern.

Wäre das heute anders geworden? O nein, gewaltiger denn je gährt es auch in den arbeitenden Frauen und Mädchen. Sollte es da noch jemand wagen, die Frauen auszulachen, sie zu zwingen, das zu verbergen, was sie für den RFB. fühlen und wenn sie das mit zum Ausdruck bringen durch ihr Einstimmen in den Ruf: „Rot Front!"

Das kann niemand. Am allerwenigsten ein Proletarier, der selbst weiß, was es heißt „erwachen".

Den Befreiungskampf des Proletariats können die Männer nicht allein führen. Die Frauen müssen ihnen Kampfgenossinnen sein, Kameraden. Nur so wird es gelingen, den gemeinsamen Feind gemeinsam zu schlagen.

Grete.

36 Stunden für 3 Mk.

Firma Wilhelm, Breslau

Wie uns mitgeteilt wird, zahlt die genannte Firma nicht für 36 Stunden 3 Mark, sondern für eine Nachtwache 4,50 Mark. Daß auch diese Bezahlung erbärmlich ist und zur schärfsten Kritik herausfordert, brauchen wir nicht erst zu betonen.

„Republikaners" Geschmacklosigkeiten!

Unter der Ueberschrift "Geschmacklosigkeiten" brachte die „Volkswacht" vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der Wirt des Hauses Taschenstraße Ecke Tauentzienstraße sein Haus schwarz-weiß-rot anstreichen ließ. Wir wollen mit der „Volkswacht" nicht darüber streiten, ob man das Geschmacklosigkeit oder Frechheit nennen soll. Feststellen wollen wir nur, daß dieser Wirt, der sein Haus schwarz-weiß-rot anstreichen läßt, ein Herr Martin Schiftan ist, der aber auch gleichzeitig Mitglied des Reichsbanners ist. (Banner-Schönaich.)

Wir würden diesem Herrn, der sich sicher nur sehr schwer von den „alten lieben" Farben trennen kann, empfehlen, folgenden Vermittlungsvorschlag durchzuführen:

Den Tauentzienstraßen-Hausteil lasse er schwarz-rot-gold anstreichen (von wegen der „gewöhnlichen" Kundschaft), während er die Taschenstraßen-Seite schwarz-weiß-rot lasse (wegen der „feinen" Kundschaft). Auf die schwarz-weiß-rote Seite male er das Bild Eberts und auf die schwarz-rot-goldene Hindenburg. Es leiden dann nicht das Geschäft und auch nicht die „staatsbejahenden Belange"!

Lage der Kleinhändler und Handwerker

Warum die Regierung gegen Kleinhändler und Handwerker hetzt?

Papier ist geduldig — auf Papier läßt sich ebensogut der Schwindel vom „Preisabbau" wie die tatsächlichen, in die Höhe schnellenden Preisziffern drucken. Es fragt sich bloß, ob das verbrauchende, hundemäßig entlohnte Lohnarbeitervolk, ob die alten alleinstehenden Frauen, ob die Handwerker und Kleinhändler, ob die große Masse der kleinen Leute sich das ewig gefallen lassen wollen.

Die schwerindustriell-junkerliche Luther-Regierung (der großagrarische Herr Kanitz sitzt bekanntlich nach wie vor in dieser Regierung) spekuliert heute wie gestern darauf, daß die großen Volksmassen ebenso geduldig seien wie die Papiermassen der „Preisabbau"-Reklame.

Um die elende Komödie einem „ersprießlichen" Ende entgegenzuführen, hat man den „Preisabbau" in eine Hetze gegen Handwerker und Kleinhändler umgewandelt.

Handwerkskammern, Versammlungen der Detaillhändler, alle möglichen Vereinigungen dieses gewerblichen Mittelstandes wehren sich aber gegen dieses schnöde Spiel. Erst vor kurzer Zeit haben die Kleinhändler von Halle einen diesbezüglichen Protest erhoben und verlangt, daß zunächst einmal bei den Konzernen, Kartellen und der Hochfinanz die Preisfestsetzung kontrolliert werden muß. So hat jüngst wieder die Berliner Handwerkskammer in ihrer 55. Vollversammlung eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Sie verwahrt sich aufs schärfste gegen die in letzter Zeit in einem Teil der Oeffentlichkeit gegen die Organisationen des Handwerks erhobenen Beschuldigung, welche in den Verbraucherkreisen die Ansicht erwecken sollen, daß das Handwerk zur Preisverteuerung beitrage."

Diese Verwahrung kann man nur unterstreichen. Auch der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler hat sich jüngst in ähnlichem Sinne geäußert.

Man muß es dieser Regierung des Zollwuchers der Teuerung und der unheimlichen Volksbesteuerung unmöglich machen, Teile des von ihr selbst geschundenen Volks gegen andere ebenso geschundene Teile auszuspielen.

Haben wir Kommunisten nicht recht, wenn wir das sagen? Unverständlich ist es aber, wenn z. B. dieselbe Handwerkskammer ihrem Protest noch eine „loyale", „untertänige" Erklärung hinzufügt, sie werde Hand in Hand mit dieser Regierung „an der Senkung der Preise nach Möglichkeit mitwirken". Das ist, mit Verlaub zu sprechen, doppelter Unsinn. Die Handwerker ebenso wie die Kleinhändler sind ja nur dem äußeren Scheine nach selbständige Gewerbetreibende, in Wirklichkeit aber ganz und gar abhängig von den großen Handelskapitalisten, von den Spekulanten der Produktenbörse, von den industriellen Kartellen, den Landbund-Junkern und den wuchernden Großbanken.

Der Gewinn des Kleinhändlers und Handwerkers hat im Durchschnitt höchstens die Höhe, die das große Kapital ihm als Arbeitslohn zahlen würde, wenn es die kleinen Ladeninhaber (man denke z. B. an Tausende von Zigarettenfilialen) restlos in direkte Filialen der großkapitalistischen Warenhäuser umwandeln würde.

Das ist übrigens in unzähligen Fällen schon längst so.

Es ist also absolut unmöglich, daß diese kleinen Leute mit der Regierung zusammen am Preisabbau mitwirken, selbst wenn diese Regierung nicht tatsächliche Verteuerungsaktionen (Zölle usw.) durchführen würde. Man muß also

gegen diese Zöllner- und Wucherer-Regierung

auftreten. Man muß ihr das Handwerk legen. Je länger sie am Ruder bleibt, desto schlimmer werden die Zustände.

Reichstagsauflösung! Abrechnung mit der Luther-Regierung en gros und en detail! Weg mit dem Locarno-Pakt, der nur neues Dawes-Elend dem alten hinzufügen würde.

Wir Kommunisten müssen den Massen der Kleinhändler, Handwerker und allen kleinen Leuten haarklein beweisen, warum das unbedingt notwendig ist.

Zentral-Funktionär-Konferenz

aller Zellenobleute und Funktionäre:

Mittwoch, abend 7,30 Uhr

im Restaurant „Feldschlößchen", Weinstraße

Tagesordnung: 1. Bericht von der Parteikonferenz.
2. Organisationsfragen.

Partei- und Gewerkschaftsbücher dienen als Ausweis.

Der Rentenbankkredit gegen die Kleinbauern

Die nunmehr vorliegenden Richtlinien für die Verteilung des in Amerika abgeschlossenen Rentenbankkredites lassen deutlich erkennen, daß die Art der Verteilung dieser Anleihe an die Landwirtschaft zu einer Ruinierung der Klein- und Mittelbauern führen muß. Die Beleihungsgrenze der einzelnen Grundstücke ist nämlich bis zu 30 Prozent des Wehrbeitragswertes festgesetzt. Diese Bestimmung in dem Anleihevertrage wird von der Rentenbank und den Organisationen der Großlandwirtschaft so ausgelegt, daß diejenigen Grundstücke, die vor dem Kriege nicht zum Wehrbeitrag veranlagt worden sind, auch keine Kredite aus der Rentenbankanleihe erhalten dürfen. Nicht veranlagt zu der Wehrbeitragssteuer vor dem Kriege wurden solche landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, die man wegen ihres geringen Umfanges und der Armut ihrer Besitzer steuerlich schonen wollte. Also die Klein- und ein gewisser Teil der Mittelbauern. Auf diese Weise nehmen diese Schichten an dem neuen Rentenbankkredit nicht teil, und nur die Großbauern und vor allem der Großgrundbesitz kann sich aus der Anleihe Betriebsmittel verschaffen. Dadurch wird sein Uebergewicht über die unbemittelten Teile der Bauernschaft noch größer als bisher und die Abhängigkeit des Kleinbauerntums von dem Junkertum erfährt eine große Verstärkung.

Brief einer Mutter

Folgender handgeschriebener Brief ist von einer proletarischen Mutter:

„Während ich so von meiner täglichen Arbeit heimgehe, kommen mir so mancherlei Gedanken. Ich grüble dann darüber nach, wie alles in der Welt so merkwürdig verteilt ist. Z. B. bei mir zu Hause, wo so viele Kinder sind, ist es mir in den späteren Jahren oft sehr schwer geworden, außer dem Hause zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß alles im Hause in Ordnung ist, während die Zeiten täglich schlechter werden und alle Dinge fürs tägliche Leben sich verteuern. Man sagt ja, es ist ein Segen, viele Kinder zu haben, aber ich sage nein. Nicht, weil ich die Kinder nicht liebe, sondern auf Grund des schlechten Gesellschaftssystems, in welchem wir leben. Anstatt daß man glücklich sein sollte, seine Kinder um sich zu haben, bereiten sie nur Sorgen, da man die nötigen Existenzmittel nicht hat. Es ist kein Vergnügen für eine Mutter, ein Haus zu bestellen, wo man sich mit so wenig einrichten muß, und es gibt so viele Heime, wo Arbeitslosigkeit herrscht.

Aber ich kann nicht die Hausmutter verstehen, welche nicht im Kampfe für besseres Dasein dabei sein will. Ich denke hauptsächlich an die Heime, wo viele Kinder sind. Dort, wo am meisten Elend ist, sollte man glauben, die meisten Revolutionäre zu treffen. Aber meistens sind es gerade diejenigen, welche am wenigsten zu unseren Versammlungen kommen, da sie einfach nicht das Notwendigste dazu haben. Ich habe Hausmütter gesehen, welche keine Stiefel besaßen, sondern in Galoschen gingen. Diese sollten wir gewinnen. Das sind Menschen, die so tief heruntergekommen sind, daß sie schon nicht tiefer kommen können. Und ich glaube, daß diejenigen, welche eine arme und freudlose Jugend verbracht haben, wie dieses oft in Arbeiterheimen der Fall ist, wo viele Kinder sind, sich daran erinnern, wie es ihnen ging, und wie sie kein Mittagessen bekamen, weil die Mutter von der Arbeit nicht fortgehen konnte, oder weil sie arbeitslos war.

Aber ich glaube, daß ein Abrechnungstag kommen wird, und bis zu der Zeit will ich tun, was ich kann, um meine Jungens im Geiste Lenins aufzuziehen, was nach meiner Meinung das Rechte ist, und ich werde ihnen erzählen, wer diese Gesellschaft leitet und lenkt, und warum es Arbeitslose und Hungrige gibt. Ich werde ihnen sagen, daß sie gute Soldaten werden sollen, welche in der Stunde der Abrechnung wissen, wozu sie ihre Waffen gebrauchen sollen, und da ich hoffe, daß viele Mütter mit mir zusammen dasselbe machen werden, so glaube ich an einen glänzenden Sieg."

Landeshut. Die Textil-Arbeiter wollen die Wahrheit über Sowjetrußland hören. Die am 30. Oktober im Schwarzen Adler tagende Betriebsrätekonferenz der Betriebsräte Meihner u. Frahne A.-G. und Rinkel, Abteil. Spinnerei (in den anderen Betrieben bestehen keine) faßte einstimmig den Beschluß, eine Versammlung für sämtliche Betriebe am 12. November einzuberufen, in welcher der Betriebsratsvorsitzende der Firma Krupp (Abt. Bergbau) Kollege Obenhagen (SPD.) Bericht erstatten soll, über das, was er in Rußland gesehen hat.

Proletarischer Abend der Roten Hilfe. Am 13. November, abends 7½ Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe der Roten Hilfe Breslau in den Hubertussälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32, ihren ersten proletarischen Abend. Neben Rezitationen und Gesangsvorträgen wird ein revolutionäres Theaterstück gegeben. Eintrittskarten, die inkl. Steuer 50 Pfg. kosten, sind durch die Funktionäre der Roten Hilfe, durch die Buchhandlung Trebnitzer Straße 50 und im Rote-Hilfe-Büro, Am Rathaus 7, zu beziehen.

Genossen!

Schmiedet das geistige Rüstzeug zum Vorkampf für die Revolution. Lest die Broschüren des proletarischen Klassenkampfes. Keine Theorie ohne Praxis. Keine Praxis ohne Theorie. Jeden Mittwoch unentgeltlich von 6—8 Uhr Trebnitzer Str. 50, ptr. Bücherausgabe.

Achtung! Breslau! Revolutionsfeier am 8. 11. im Schießwerder

Zur Vorbereitung der Revolutionsfeier findet am Freitag Abend im „Sanssouci", Mehlgasse, eine Zusammenkunft aller Parteigenossen und aller Kameraden der sympathisierenden Organisationen statt. Alle müssen vollzählig erscheinen! Alle übrigen Veranstaltungen der Partei, des RFB., der RH. und der IAH. fallen am Freitag Abend aus!

Bezirksleitung KPD. Schlesien.

★ Parteiveranstaltungen ★

Breslau.

— Bezirk Ost. Freitag, abds. 7,30 Uhr Mitgliederversamml. bei Franke. Mitgliedsbuch mitbringen.

— Bezirk Ost. Donnerstag letzter Termin zur Abrechnung der Sammellisten und Parteimarken beim Hauptkassierer.

— Bezirk Nord. Freitag, findet die Versamml. der Gruppe 2 statt. Lokal Oberschat, Weißenburger Platz 4. Wichtige Tagesordnung.

Liegnitz. Donnerstag, 11½ Sitzung.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— RJ. Mittwoch, abds. 7,30 Uhr Generalmitgliederversg. Franke, Tauentzienstr. 17.

Liegnitz. Dienstag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Reichsadler".

Versammlungsanzeigen

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Sonnabend abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung Mariannenstr. 7. Pünktl. Erscheinen notwendig.

Die Bergarbeiterkämpfe im Reich

Durch einen Schiedsspruch vom 2. Oktober kam die im August ausgebrochene Lohnbewegung im deutsch-oberschlesischen Kohlenbergbau zu einem vorläufigen Abschluß. Der Schiedsspruch war für die Arbeiterschaft vollständig ungenügend und nachdem auch die von der Regierung angekündigte „Preissenkungsaktion" nicht eintrat, sich diese Senkungsaktion vielmehr als Lohnabbauaktion zeigte, sahen sich die Bergarbeiterverbände gezwungen, eine neue Lohnforderung einzureichen. Die Forderung geht dahin, daß ab 1. Oktober d. Js. eine allgemeine Lohnerhöhung um 20 Prozent und auch für den Monat September eine dementsprechende Nachzahlung einzutreten hat. Von seiten der Unternehmer wird erklärt, daß diese Forderung nicht erfüllt werden könne.

Die Lohnbewegungen der Bergarbeiter in Oberschlesien, im Ruhrgebiet, Saargebiet und mitteldeutschen Braunkohlengebiet machen es dringend notwendig, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes unverzüglich zusammentritt und die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der jetzt eingeleiteten Aktion beschließt. Die Bergarbeiter haben aus dem Lohnkonflikt im Waldenburger Gebiet gelernt, daß sie sich nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie verlassen dürfen, sondern durch ihre geschlossene Front ihre Führer zwingen müssen, unter allen Umständen die eingereichten Lohnforderungen durchzudrücken. Die Offensive der Unternehmer des Kohlenbergbaus zeigt aber auch, wie notwendig es ist, die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen. Auch im Bergbau gibt es noch Tausende von Proletarier, die der freigewerkschaftlichen Organisation fernstehen, sie für diese Organisation zu gewinnen, muß eine der dringendsten Aufgaben sein. Durch die Schaffung einer freigewerkschaftlichen Organisation, die Millionen Mitglieder umfaßt, wird es möglich sein, alle Vorstöße der Unternehmer erfolgreich zurückzuweisen.

Alle Kräfte angespannt für den Sieg der Glasarbeiter

Aus Weißwasser wird uns geschrieben:

Am Mittwoch, den 28. Oktober, fanden durch Vermittlung des Bürgermeisters Lange, Weißwasser, vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Glasarbeiter und den Unternehmern statt. Sie führten zu keiner Einigung. Daraufhin wurde auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedsspruch gefällt, der in seinen wesentlichsten Teilen folgendes bringt: für Akkordarbeiter vier Prozent, für Zeitlohnarbeiter eine sechsprozentige „Lohnerhöhung". Die Arbeitszeit bleibt wie bisher bis zum 30. März 1926, d. h. 8½ bis 9 Stunden. Die Ueberarbeit über 8 Stunden wird mit 20 Prozent bezahlt. Vom 1. Mai 1926 soll für Feuerarbeiter der 8½stündige Arbeitstag eingeführt werden, während es für alle übrigen bei 9 Stunden bleiben soll.

Das Lohnabkommen soll bis zum 31. Januar 1926, das Arbeitszeitabkommen bis zum 30. März, bzw. bis zum 30. September 1926 gelten.

Dieser Schiedsspruch ist eine freche Verhöhnung der seit Wochen im Kampf stehenden Glasarbeiter. Sah doch der vor Wochen gefällte Schiedsspruch der Gruppe I eine Erhöhung von 6 bzw. 8 Prozent vor. Durch diesen neuesten Spruch soll der Achtstundentag bis auf 11 Monate begraben werden. Das Kokettieren mit dem 8½-Stundentag wird die Glasarbeiter nicht blenden; hier gibt es keine Konzessionen. Die Bettelpfennige, die als Lohnerhöhung angeboten werden, sind ebenfalls für die Katz. Es macht bei den Hof- und Hilfsarbeitern etwa 1 bis 1,50 Mark in der Woche aus.

Für diesen Dreck ist nicht wochenlang gekämpft worden. Deshalb Ablehnung des Schiedsspruches und zähes Festhalten an den aufgestellten Forderungen.

Der Kampf muß verschärft weiter geführt werden. Die Unternehmerfront bröckelt bereits: der Zähere wird den Sieg behalten.

Die finanzielle Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten muß sichergestellt, ja wenn möglich, noch erweitert werden. Der ADGB, und, wenn alle Stränge reißen, die Glasarbeiterinternationale müssen eingreifen. Daneben müssen noch andere Wege gegangen werden. In den meisten Glasarbeiterorten ist in der Kommune eine proletarische Mehrheit vorhanden. Diese müssen den Kämpfenden Notunterstützungen gewähren. In Weißwasser ist von der KPD-Fraktion der Antrag auf Bewilligung von 10 000 Mark Notunterstützung für die Frauen und Kinder der Ausgesperrten eingereicht worden. Die SPD-Fraktion hat es in der Hand, diesen Antrag umgehend in die Wirklichkeit umzusetzen. Will sie durch ihr Zögern den Eindruck erwecken, daß sie gegen den Antrag ist? Es ist an der Zeit, daß gehandelt wird; Mundspitzen hilft nicht, es muß gepfiffen werden.

Alle noch im Arbeitsprozeß stehenden Kollegen anderer Berufsgruppen müssen ebenfalls finanzielle Hilfe gewähren. Die Berliner Ofenarbeiter gehen bereits dazu über. Wird alles mobilisiert, dann werden die Glasprotzen nachgeben müssen. Fort mit dem Schandschiedsspruch!

„Ochsen-Warmbt" zahlt nicht die [illegible]

Armaturenfabrik Warmbt, Waldenburg

(Von einem Metallarbeiter.)

Der durch seine Brutalität den Arbeitern gegenüber bekannt als „Ochsen-Warmbt" bekannte Fabrikbesitzer und Leiter seiner Bude zahlt einfach die tariflich festgesetzten Löhne nicht. Dieser feine Herr, [illegible] Vorsitz [illegible] Kaiser. Abgott aller Krämer aus der „guten" alten Zeit, tritt auf dem Gebiete der Menschlichkeit andere [illegible] hervorragendes. Wer sich von seinen Arbeitern erdreistet, energisch seinen verdienten Lohn zu fordern, der muß aufpassen, daß er nicht bei nächst bester Gelegenheit ein Tritt auf [illegible] erhält. Es wäre nicht das erstemal, daß Herr Warmbt einen Arbeiter körperlich mißhandelt. [illegible] in der Bude und mit dem Umstand, daß Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot überall herrscht, ist es zu verdanken, daß dieser Mann noch Arbeiter in seiner Bude hat. Klagt ein Kollege vor dem Gewerbegericht um seinen Lohn, so [illegible] von dem Termin dem Kläger das Geld [illegible] der Kollege nicht selbst [illegible] im Gericht [illegible] bekommen.

Nun, ihr Kollegen von Warmbt! Was müßt ihr tun? Ihr seid [illegible] ein Teil seid Metallarbeiter organisiert. Reicht alle dann den Verband eine [illegible] um den rückständigen [illegible] Geht einer, alle müßt ihr dann gehen! [illegible] auf die Straße, alle [illegible] nicht [illegible]! Wenn auch im „[illegible]" [illegible]

ihrem Untertanenverstand auf das Geld verzichten, so beweisen sie ihre Liebedienerei vor dem Ausbeuter und ernten Mißachtung aller ehrlichen Arbeiter. Wenn auch die Hirsch-Duncker-Kollegen wirklich nicht mitmachen sollten, so zeigt ihr freien Kollegen, zu welchem Zweck ihr organisiert seid! Heraus aus eurer Reserve! Schenkt nichts denjenigen, die von eurem Schweiß leben! Kämpft mit uns für euer und aller Arbeiterwohl!

Verhöhnung der Arbeiterschaft

Viktor-Grube

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf unserem Werke hat der Betriebsrat folgenden Aushang gemacht:

„Am Freitag werden die ungeheuren Summen ausgezahlt, die aus der Lohnerhöhung von 7 Proz. nun endlich errechnet sind. Danach bekommen:

Kohlenhauer	0.05 M.
Gesteinshauer	0.40 „
Zimmerhauer	—.— „
Schlepper vor Ort	0.21 „
Förderschlepper	—.— „
Kokereiarbeiter	0.14 „
Werkstätten	0.07 „

Tagearbeiter (Berechnung noch nicht fertig).

Wir stellen fest, daß der Betrug nicht mehr überboten werden kann. Der Betriebsrat der Viktorgrube."

Wer nun aber aufmerksam dem Verhandlungsweg gefolgt ist, konnte von vornherein feststellen, daß von seiten der Unternehmer ein großer Betrug geplant war. Die Gewerkschaftsführer haben sich vollständig übers Ohr hauen lassen und haben dies durch eine falsche Berichterstattung in der Betriebsräteversammlung zu vertuschen gewußt.

Die Meinung der Kumpel ist nun die, daß sich die Unternehmer die 0,05 M. sonst wohin stecken sollen. Wenn den Gesteinshauern 0,40 M. zugebilligt ist, so aus dem Grunde, weil es nicht viel Gesteinshauer gibt, sonst hätten die Unternehmer schon einen Weg gefunden, aus den 40 Pfg. — 4 Pfg. zu machen.

Die Belegschaft protestiert ganz entschieden gegen diesen offensichtlichen Betrug. Sie fordert die Gewerkschaftsführer auf, gegen diese Schweinerei einzuschreiten.

Opfer der Raubbau-Methode

Fuchsgrube.

Auf der Fuchsgrube ereignete sich in der 26. Abteilung des Hans-Heinrichschachtes am Montag, den 2. November, in der Frühschicht ein Grubenunglück. Die hier liegenden Flöze 31 und 32 sind durch ein Mittel von nicht ganz 50 Zentimetern getrennt. Die berggesetzliche Vorschrift, wonach in solchen Fällen die Abbaupfeiler nicht übereinander liegen dürfen, wurde infolge der Hetzjagd nach Kohle nicht eingehalten. In dem Moment, wo der Abteilungssteiger Eisler sich bei den Kumpels im Flöz 32 befand, wurde im unteren Flöz geschossen. Die Explosion schlug das schwache Mittel durch. Der Steiger und der Hauer Banch wurde unter den Gesteins- und Kohlenmassen begraben. Der Steiger Seiler war auf der Stelle tot. Der Hauer trug leichtere Verletzungen davon.

Kumpels, achtet auf Innehaltung der berggesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Gewerkschaft

Kommunistenhetze im Landarbeiterverband

(Von einem Landarbeiterkorrespondenten.)

Hertwigswaldau, 3. November.

Am Mittwoch, den 27. Oktober 1925, fand in Hertwigswaldau eine öffentliche Landarbeiter-Versammlung statt. Anwesend etwa 80—100 Besucher. Als Referent war der Gauleiter des Gau Liegnitz, Klippel, erschienen. Sogar Kreisleiter Marschall, der sich hier nur seit sechs Monaten mit verblüffender Pünktlichkeit sehen ließ, wenn es galt die einkassierten Beiträge abzuholen, war erschienen. Dieser Herr betätigt sich neben seiner Tätigkeit für die Landarbeiter auch gleichzeitig als wütendster Kommunistenfresser. Wie sich einer in den Tropen einen [illegible] Klaps auf seinen Gehirnkasten holen kann, so ähnlich geht es auch dem Landarbeiter-Sekretär Marschall. Dieser ist in die mit bolschewistischen Bazillen verseuchte Zone der Kommunisten geraten und leidet seitdem an unheilbarem Kommunistenkoller. Im März geriet er, als bei einer Mitgliederversammlung ein Kollege Einheitsfront der Gewerkschaften auf nationaler wie internationaler Grundlage forderte, in eine unbeschreibliche Wut. Die Augen traten ihm aus den Höhlen wie große Katzenköpfe. Schweiß triefte ihm vom Gesicht und Schaum floß ihm vom Munde, wie weiland Siegfried als er den siebenköpfigen Drachen [illegible].

Nun zur Versammlung selbst. Als Motto: Um die Arbeit kann uns retten, oder Brot und Arbeit. Zuerst versicherte der „Kollege" Klippel, daß es im Landarbeiter-Verband keine kommunistische Führer mehr gibt, die sind alle ausgemerzt. Dann glaubte er auch, daß es den Landarbeitern schlecht ginge. Stimmt, wissen wir auch, aber auch daß es ihm seinem Aussehen nach besser gehen muß. Und zum 15. November werden in allen Städten Schlesiens große Protestversammlungen abgehalten für das Landarbeiter-„Recht". Werden die Versammlungen recht mächtig ausfallen, dann ist seiner Meinung nach ein wirksamer Damm gegen unsere weitere Verelendung gesetzt. In der freien Aussprache sprach ein Kollege für Umbau der Gewerkschaften in revolutionäre Kampforgane, wie vor dem Kriege für Sammlung der arbeitenden Bevölkerung unter dem alten [illegible] roten Banner. Das brachte [illegible] des armen geistesschwachen, am Kommunistenkoller leidenden Marschall wieder hoch, er sagte: Du [illegible] nach dem Generalstreik fordern sollen. Nein, nein, so viel sind die Landarbeiter nicht wert, lieber sie verrecken im Elend. Das Schönste Klippels war ein ewiges Versichern, daß er ein ehrlicher Kerl sei, der in 30jähriger mühsamer Gewerkschaftsarbeit dem Proletariat treu und ehrlich gedient habe, daß er nur einen neuen Tarif unterschreiben werde, wo die Schraube nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gedreht wird. Nun, es soll uns freuen, wenn er alle seine Versprechungen in die Tat umsetzt, denn die Lage der Landarbeiter ist geradezu eine verzweifelte. An dem guten Willen aller ehrlich gesinnten Landarbeiter, ihn dabei zu unterstützen, wird es nicht fehlen. Deshalb hinein in den DLV. und die Führer gezwungen, ihre Energie, die sie im Kampfe gegen die Kommunisten verschwenden, gegen unsere Ausbeuter zur Anwendung zu bringen. Umbau der Gewerkschaften in Kampforgane des revolutionären Klassenkampfes. Sammlung der gesamten ausgebeuteten Klasse unter dem siegreichen roten Banner. Dann ist der Sieg uns sicher. Wir fordern in Anbetracht der Teuerung und unserer erbärmlichen Verhältnisse eine 50prozentige Lohnzulage. Aufhebung der Kinderarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen; desgleichen Aufhebung des Arbeitszwanges. Die erbärmlichen Lohnverhältnisse der Männer in der Landwirtschaft zwingen leider die Frauen fünf oder gar sechs Tage in der Woche zu frohnden. Hier gilt es, mit eisernem Besen den Saustall auszumisten. Und an die Landarbeiter richte ich den dringenden Appell im Interesse ihrer Existenz, die kommunistische Presse zu lesen, zum mindesten den „Roten Land- und Forstarbeiter", welcher monatlich einmal zum Preise von 10 Pfg. aus Berlin, Rosenthaler Straße 38, zu beziehen ist. Alle Mann ans Werk. Durch Kampf zum Sieg.

Landeshuter Arbeiter rettet die Gewerkschaftsbewegung!

Schlag auf Schlag sausen die Keulenschläge der hiesigen Textilbarone auf die ausgemergelten Textilarbeiter herab. Alle Schikanierungen müssen täglich von der Arbeiterschaft ohne Gegenwehr geschluckt werden, da die von sich selbst eingesetzte Ortsverwaltung des Textilarbeiterverbandes scheinbar andere Dinge zu erledigen hat, als die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Und doch zwingen die Brutalitäten der Unternehmer die Arbeiter Stellung zu nehmen zu ihrer Organisation, wenn sie ein Interesse daran haben, gegen die Willkürherrschaft der Unternehmer einen Wall zu errichten. Die einst so stolze Organisation, welche durch die Folgen der Inflation einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte, ist im letzten Jahr (1925) durch die Auswirkungen der Maßnahmen des selbstgekrönten Vorstandes in einen vollständigen Trümmerhaufen verwandelt worden. Trotz des geradezu vernichtenden Fazits des letzten Jahres, trotz des heftigen Einspruchs, selbst sozialdemokratischer Arbeiter gegen die diktatorischen Maßnahmen einzelner Drahtzieher (Mälz, Opitz usw.) sind dieselben gewillt, ihre der Gesamtarbeiterschaft äußerst schädliche Taktik weiter fortzusetzen und somit jeden Aufbau zu verhindern. Einen Brief, den die oppositionellen Arbeiter an die Ortsverwaltung richteten, ließ dieselbe unbeantwortet. Die Nichtbeantwortung des Briefes zwingt uns, denselben hier zu veröffentlichen:

Landeshut, den 24. 10. 25.

An die Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes Landeshut.

Die kommunistischen Textilarbeiter, welche fast restlos im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisiert sind, beauftragen mich, dem Vorstand der Ortsgruppe Landeshut folgendes zu unterbreiten: Die unzureichenden Löhne, sowie auch die fortgesetzten Schikanen der Unternehmer, das Vorbereiten derselben eines neuen Angriffes auf die Existenzbedingungen der Arbeiter, machen es zur Aufgabe eines jeden ehrlich gesinnten Arbeiters sich ernstlich mit den Organisationsverhältnissen in Landeshut zu befassen. Es hieße sich selbst betrügen, wenn man annähme, daß bei dem Stand der hiesigen Organisation ein ernstlich durchgeführter Angriff der Unternehmer abgeschlagen werden könnte. Es steht aber auch fest, daß, wenn das Organisationsleben nicht normalisiert wird, wenn die Maßnahmen, die man glaubte im Interesse der Organisation durchführen zu müssen, nicht rückgängig gemacht werden, daß sie als Fesseln dauernd ein Hemmnis im Aufbau der Organisation bilden werden. Die Erfahrungen des letzten Jahres müssen auch euch lehren, daß die Bewegung nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen ist. Es ist deshalb notwendig, daß im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung in Landeshut eine Klärung des jetzigen Zustandes geschaffen wird. Wir sind bereit, alle Kräfte anzuspornen, um auch in Landeshut wieder eine schlagkräftige Arbeiterbewegung aufzubauen, wenn die Hemmungen beseitigt werden. Wir ersuchen deshalb den jetzigen Vorstand, uns innerhalb acht Tagen mitzuteilen, ob er bereit ist, mit uns eine Aussprache über diese Fragen herbeizuführen.

Im Auftrage der kommunistischen Textilarbeiter
gez.: Karl Walter.

Schon vor der Einsetzung des jetzigen Vorstandes, als noch die Genossen Scholz, Brückner und Lorenz die Geschäfte der Filiale führten, ging der heutige Vorstand dazu über, die Organisation planmäßig zu zerschlagen. Nur ein einziges Beispiel: Stadtrat Breiter erklärte, damals öffentlich: **„Wir zerschlagen den Verband bis auf drei Mann, wenn die Kommunisten nicht verschwinden."** Als die drei Genossen entfernt waren, wurde gegen den Willen der Arbeiter Tschiedel diktatorisch eingesetzt, welcher seine Unfähigkeit als Sekretär dadurch deckte, indem er einen Vorstand eigenmächtig den Mitgliedern vor die Nase setzte, keine Mitgliederversammlungen abhielt, sowie zur Entgegennahme von Beschwerden und Erteilung von Auskunft niemals im Büro anzutreffen war. Die Ausgabe von Marken und Entgegennahme der einkassierten Beiträge überließ er Personen, welche garnicht dem Verbande angehörten. (!) Alle Beschwerden, sowie die in der Oeffentlichkeit bekannt werdenden Aeußerungen, daß die Kasse nicht in Ordnung sei (siehe „Arbeiterzeitung" Nr. 70, vom 2. April 1925), wurden von dem Vorstand überhört und vertuscht. Vollständig isoliert von der Gewerkschaft wurden die Betriebsräte, soweit überhaupt welche, vor allem durch die kommunistischen zustande gekommen waren. In den meisten Betrieben (Kinkel, Hamburger, Epner und Seidenweberei) bestehen überhaupt keine. Die Kollegen Brückner und Walter wurden ausgeschlossen, angeblich, weil sie durch Auftreten in den Versammlungen verbandsschädigend wirkten, trotzdem man überhaupt keine Versammlungen einberief. Selbst nach Ausschluß des letzten „Stänkers" (wie man diejenigen betitelt, welche den Arbeitern die Wahrheit sagten), hat man es seit August (!) nicht für notwendig gehalten, den Arbeitern über den letzten Tarifabschluß Aufklärung zu geben.

Alle diese Maßnahmen führten dazu, daß heut in Landeshut der Textilarbeiterverband, überhaupt die Gewerkschaftsbewegung, als zusammengebrochen zu betrachten ist.

Nachdem Tschiedel das fertig gebracht hatte, legte er sein Amt nieder — und verschwand.

Ehrliche SPD.-Arbeiter, die 20 Jahre und länger in dem Verband waren, sind durch dieses Treiben angeekelt, ausgetreten. Wir als Kommunisten können dazu nicht schweigen. Mit sozialdemokratischen und indifferenten Arbeitern gemeinsam werden wir Kommunisten nun eine gute, kampffähige Gewerkschaftsbewegung, die den Kapitalisten entschiedenen Widerstand leisten wird, aufbauen.